

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 11^v Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 9

Sonnabend, den 26. Februar 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperte, Streit, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erlaubigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Geperkt:

Grabsteingehäft Fr. Martin in Pforzheim. Marmorgehäft Fr. Müller, Karlsruhe. Firma Kempf, Bilingen. In Brigg b. Breslau sämtliche Betriebe. Marmorgehäft von Jakob Schmitt in Kreuznach.

Halle. Hier scheint sich wegen der 45tündigen Arbeitszeit, die den Haller Kollegen bereits seit Juli 1920 durch Schlichtungsausschlußspruch zugesprochen war, ein neuer Konflikt zu entspinnen. Wir kommen in nächster Nr. auf die Angelegenheit zurück. Darum Beachtung dieser Situation bei Arbeitsangeboten nach Halle!

Streit:

In Mittweida (Plastersteinarbeiter). Rira a. d. Nahe, zirka 400 Kollegen (Plastersteinbrände). In Gauselzsa müssen die Kollegen freiten um den vom Schlichtungsausschluß zugesprochenen Lohn. (Firmen Gebr. Rißke und Deutsche Trauertinwerke.)

Zugang ist fernzuhalten:

Außer den bereits genannten Orten nach Dörfelwarte Heiligenmühle Dehnen (Rhön), nach Waidenburg (Schleien) und Umgebung (Lohnteiligkeiten), nach den Zahlstellen im Ruhrgebiet, nach Friedberg, Bad Nauheim und Umgebung, nach Müden, Stuttgart, Osnabrück, Köln a. Rh., nach Jena (die Steinbruchsarbeiter aus der Umgebung wollen es besonders beachten).

Erliebte Bewegungen:

Hirschberg, Schlef. Hier wurde die Vereinbarung getroffen, daß nunmehr der Reichslohntarif mit seinen Teuerungszulagen für die Betriebe gilt. Der Grundstundenlohn ist auf 0,85, 0,85, 0,80 Mark für Steinmetzen, Schmiede, Spalter, Hilfsarbeiter als Mindestlohn festgesetzt. Dazu kommen dann die Teuerungszulagen nach Tarif.

Jura-Marmorgebiet. Alle verheirateten und unverheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen über 25 Jahre erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent und die unverheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen zwischen 20 bis 25 Jahren von 5 Prozent auf die bisherigen Löhne. Die Berechnung beginnt ab 1. resp. 12. Februar. Uebersteigt die Kinderzulage vom 3. Januar die neu errechneten Löhne, so wird dieser Mehrbetrag auch weiter ausbezahlt.

Mainkalfandsteingebiet (rot). Ab 1. März erhöhen sich die Stundenlöhne der volljährigen Steinmetzen und Brucharbeiter um 20 Pfennig, ab 1. April um weitere 20 Pfennig pro Stunde. Die Löhne der jugendlichen Steinbruchsarbeiter und der Lehrlinge erhöhen sich zu diesem Datum um 10 resp. 15 Prozent. Die Wollfäden für Säurettogarbeiten sind umgruppiert und verbessert und erhöhen sich ab 7. Februar um 18 Prozent. Bei Vergabung der Rainkanalarbeiten werden die Lohnsätze im allgemeinen nochmals durchberaten und neugeregelt.

Um die Gewerkschaften.

Der Kampf in den Gewerkschaften und um die Gewerkschaften ist noch dem Zusammenbruch in Deutschland nicht zum Abschluß gekommen. Von einem solchen wird wohl überhaupt in absehbarer Zeit nicht geredet werden können. Das Wort Abschluß ist vielleicht auch nicht richtig gewählt; denn Meinungsverschiedenheiten über Taktik und Aufgaben hat es bekanntlich in den Gewerkschaften seit ihrem Bestehen gegeben, und die wird es geben, solange wir Gewerkschaften brauchen. Die wird es auch dann geben, wenn die Gewerkschaften sich bei der Bewirkung ihrer jetzigen Ziele umstellen müssen. Aber in dem Meinungsstreit von früher und jetzt ist ein Unterschied zu machen, schon weil die Zahl derer, die die Gewerkschaften zu einer anderen Taktik drängen wollen, heute einer andere ist wie früher zu irgendeiner Zeit und in der Anhängerzahl beruht sich die Taktik nicht begrenzt ist. Bereits während des unglücklichen Krieges begann der Meinungskampf, der noch und noch andere Akteure auf den Plan rief. Die scharfe Tonart wurde von einer noch schärferen abgelöst, und die letzteren behaupten von der ersteren, daß es sich bei deren Kampf gegen die gewerkschaftliche Taktik nur um die „Hutertrippe“ gehandelt habe. Ob das richtig ist, wollen wir nicht untersuchen. Wenn den Gewerkschaftsmitgliedern das Herumhämmern auf ihre Organisationen, ihre Satzungen, ihre Aufgaben und Ziele nicht schließlich selbst zu bunt wird und sie solche nicht mit einem kräftigen Ruck abwehren, dann scheint es nicht ausgeschlossen, daß noch ein mehrmaliger Wechsel in der Tonart stattfindet. Die Anzeichen sind bereits vorhanden. Jetzt sind es die Anhänger der 3. Internationale, die Moskausewärtler (V. K. P. D.), die kein gutes Haar an den Gewerkschaften finden. Um nun aber hier unter ihre geistige Führung zu bringen, werden die kampfhaften Anstrengungen von der V. K. P. D. gemacht; sie versuchen auf Grund ihrer jetzt teilweise abgelegenen Zellen- und Ausschüttungstheorie Organisationen in den Organisationen zu schaffen. Daß gegen solche Absichten, die eine Zermürbung und Ohnmacht der Gewerkschaften zeitigen müssen, die letzteren sich wehren und zu Gegenmaßnahmen greifen, ist für jeden ganz selbstverständlich, der seine fünf Sinne beisammen hat. Die Aufregung der V. K. P. D. scheint uns demnach recht verständlich; denn vorläufig gehören die Gewerkschaften unserer Richtung offiziell zur 2. Internationale (Amsterdamer); die Satzungen und Richtlinien für die Tätigkeit der einzelnen Landesorganisationen bestimmen diese auf ihren Landestagungen selbst, und in der Zwischenzeit, die von einem Kongress zum anderen liegt, sind diese Richtlinien maßgebend. Den Mitgliedern der Gewerkschaften bleibt es natürlich unbenommen, die Richtlinien zu bekämpfen, für eine Änderung zu wirken und die Zahl ihrer Anhänger zu vergrößern. Unbenommen muß es aber auch den übrigen bleiben, sich gegen die beabsichtigte Änderung zu wehren. Das will oder kann man annehmend auf Seite der Moskausewärtler nicht begreifen! Sie sagen, ihre Mittel, die zur Anwendung kommen, sind nicht geeignet, die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu zerstören, sondern zu fördern; sie berufen Sonderkonferenzen ein, die nicht mehr und nicht weniger beabsichtigen, als die Gewerkschaften unter die Botmäßigkeit einer Partei zu bringen, die ihre Initiative von Moskau eingeblasen bekommt. Nun sind aber in unseren deutschen Ge-

werkschaften Anhänger mehrerer politischen Parteien, und was der einen recht ist, muß der anderen billigerweise auch gestattet werden. So will es der demokratische Grundgedanke in den Gewerkschaften! Würden nun alle Gewerkschaftsmitglieder die von den Moskausewärtlern geübte Methode der Reichs-Sonderkonferenzen mitmachen, gäbe es ohne Zweifel einen bösen Ruchmudel in den Gewerkschaften, und keiner möchte mehr, was gebauen oder gestochen ist. Darum ist es sicher gewerkschaftsschädigend, wenn eine politische Partei, mag sie heißen, wie sie will, mit allen Mitteln versucht, den Gewerkschaften ihre parteipolitische Auffassung aufzudrängen. Diese Absicht der V. K. P. D. kann von niemand geleugnet werden; denn die Konferenzen der nach Moskau gerichteten Bauarbeiter, und neuerdings der Metallarbeiter, sind Beweise genug, und es ist wirklich nur ein Spiel mit Worten, wenn von kommunistischer Seite darum herumgeredet wird.

Die gewerkschaftlichen Organisationen mit ihrem durchgebildeten Organisationsapparat, mit der Masse ihrer Mitglieder, stellen eine Macht und ein brauchbares Instrument im Kampfe für die Arbeiterklasse dar; begreiflich ist es schon und auch konsequent weitergedacht, wenn die Moskausewärtler versuchen, mit allen Mitteln sich diesen Apparat zur Bewirkung ihrer politischen Ziele dienstbar zu machen. Weil es ihnen nun nicht in dem Maße gelingt, wie sie es möchten, reden und schreiben sie von der „Gewerkschaftsbureaucratie“. Sie nennen Bureaucratie das Abwehren gegen ihre Ministerarbeit; nennen Bureaucratie die ordnungsgemäße Geschäftsführung in den Gewerkschaften, wozu auch die Einhaltung der Satzungen zählt. Alles, was ihrem Eindringen Einhalt gebietet, ist einfach „Gewerkschaftsbureaucratie“. Das ist nun auch so ein Schlagwort geworden, unter dem sich jeder ihrer Anhänger etwas anderes denken kann, und der es in der Tat sich auch so auslegt, wie es gerade in seinen Kram paßt. Dabei herrscht die wirkliche, kleinliche und lächerliche Bureaucratie nirgends mehr, wie in den Verwaltungsstellen des Landes, wo Moskau die Sonne darstellt, um die sich alles dreht. Schlagwörter sind nach dem Zusammenbruch in Deutschland schon viele abgeleiert, wir erinnern nur an das eine Wort „Bonze“. Nachdem die „Bonzenwirtschaft“ auch bei den anderen Plätzen gegriffen hat, ist es merkwürdig still damit geworden.

In diesem Kampfe um die Gewerkschaften und Bekenntnis zur Moskauer „gewerkschaftlichen“ Internationale glauben auch einige Zahlstellen unseres Verbandes nicht nachsehen zu dürfen. Es fehlt natürlich nicht an Einfädelungen an die Redaktion, die gegen die „einseitige Schreibweise“ des „Steinmetz“ glauben protestieren zu müssen, es fehlt nicht an Resolutionen für die 3. Internationale; sogar die Aufforderung liegt vor, daß der Steinmetzverband zu dem Moskauer Kongress im Mai 1921 einen Delegierten sende. Eine Zahlstelle, die über 100 Mitglieder umfaßt, berichtet, daß sie mit 18 Stimmen gegen 3 den „Anschluß“ nach Moskau empfiehe. Daneben wird dann noch so manches „liebenswürdig“ Wort an den Redakteur eingeschoben. Wir kennen den Text, auch die Melodie, ebenso die Verfasser, und es ist noch gar nicht solange her, da Klang uns beides auch in den Ohren, doch so wenig, wie wir uns damals haben abhalten lassen, nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu handeln, so wird es auch heute sein! Solche Beschlüsse, wie vorstehend kurz angedeutet, haben keinen realen Unterbau, und mit den Protesten und Resolutionen solcher Art lasse man uns ungehört. Damit wird in keinem Deut an der wirtschaftlichen Notlage aller unserer Berufsangehörigen auch nur das geringste geändert. Unsere zu beobachtende Taktik im gewerkschaftlichen Kampfe wird vorläufig nicht von Moskau bestimmt, auch nicht von dem russischen Vizepräsidenten in Berlin; sondern durch unsere Verbandstagsbeschlüsse, Gewerkschaftskongresse und Amsterdamer Internationale. — Die kommunistische Richtung als Partei wird in unserem Drogen nur soweit behandelt, wie sie sich nach unserer Auffassung gewerkschaftsfeindlich und -schädigend betätigt und mit der in Deutschland üblichen, durch die Verhältnisse bedingten gewerkschaftlichen Taktik und Praxis im Widerspruch steht. Das möchten unsere Kollegen und Verbandsmitglieder beachten!

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse hat sich zunehmend verschlechtert, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hängen wie eine Geißel über ihr. Niemand wird bestreiten, daß das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Reaktion sich immer mehr zugunsten der Arbeiterklasse verschiebt. Bestritten kann auch nicht werden, daß die letztere daran so ganz unzulässig wäre infolge ihrer Uneinigkeit! Die Geschichte und die Erfahrung haben noch immer gelehrt, wo Uneinigkeit im Arbeitsschutz vorherrscht, hat die Reaktion stets triumphiert. Die Geschichte wiederholt sich in den Gegenwartsorganen, ohne daß die Zeitgenossen die Konsequenz daraus ziehen können. Die Uneinigkeit ist auch nicht dadurch zu beseitigen, daß die eine Richtung der anderen ihre Auffassung restlos aufdrängen will. Eine solche Methode führt zum Kampf aller gegen alle, in dem die wirtschaftlich Schwächsten stets die meisten Verluste davontragen. Wird nun gar das letzte Bollwerk der Arbeiter — die Gewerkschaften — zertrümmert, und hält keinem Ansturm mehr stand, dann ist damit die Sehnacht aller Dunkelkammer erfüllt. Dieses wissen und sich dann nicht wehren sollen gegen die Verhöhnung des Bollwerkes, wäre gewerkschaftlicher Selbstmord und tatsächlicher Selbstmord. Nein! Mit allen Mitteln kämpfen wir gegen die russisch-kommunistische Zerrüttung der deutschen freien Gewerkschaften, nicht eigertlich, um den Organisationsapparat zu erhalten, sondern im Gesamtinteresse der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterklasse!

In der „Roten Fahne“ vom 12. Februar stand ein Artikel mit der Ueberschrift „Der Kampf in den Gewerkschaften“, in dem die Situation wie folgt geschildert wird:

... Die Gewerkschaften, die vor dem Kriege nur die fortgeschrittensten Arbeiter und Angestellten in ihren Reihen hatten, umfassen heute das Gros der Arbeiter. Und die Tatsache verpflichtet, denn nicht aus Begeisterung über die Kriegspolitik der Generalkommission strömten die Massen in die Gewerkschaften. Sie verlangten von den Gewerkschaften, daß sie ihnen im Kampf gegen Hunger und Elend, gegen Unternehmerwillkür beistehen, und sie vor weiterer Verelendung schützen. Dazu sind aber die Gewerkschaften mit ihrer alten Taktik an der sie heute noch ausnahmslos festhalten, nicht mehr imstande. Der Gewerkschaftsführer der Vergangenheit konnte seine Aufgabe um so besser erfüllen, je einseitiger und genauer er die Verhältnisse seines Berufes und die Lage der gesamten Industrie kannte. Die wirtschaftlichen Kämpfe waren äußerst kompliziert, und ihre Lösung setzte Erfahrungen voraus, die nur in vieljähriger praktischer Tätigkeit erworben werden konnten.

Mit diesen Kenntnissen ist heute nichts mehr anzufangen. Die Massen lassen sich, wenn es ihnen zum Erbarmen schlecht geht, nicht überzeugen, daß sie aus taktischen Gründen auf den Kampf gegen die Unternehmer verzichten müssen, weil die Gewerkschaften erst bei aufsteigender Konjunktur mit Aussicht auf Erfolg kämpfen können. So wirkt die Aufhebung der Massen gegen ihre Verelendung, gegen die Verhöhnung der Kapitalisten, die Arbeiter völlig verflauen, die Berechnungen der Gewerkschaftsführer mit elementarer Gewalt über den Haufen. Bald da, bald dort, rebellieren die Arbeiter in wilden

Streits gegen den drohenden Untergang und gegen den Bankrott der alten Gewerkschaftstaktik.

Die alten, erfahrenen Gewerkschaftsführer sind verzweifelt. Ihre schlauesten Berechnungen werden zerrissen von dem Lebenswillen der hungernden Massen. Unfähig, zu begreifen, daß die Todesstunde des Kapitalismus gekommen ist, daß eine Besserung der „Konjunktur“ nur nach der Beseitigung des Kapitalismus erfolgen kann, verfallen die Gewerkschaftsführer in denselben Fehler, wie seinerzeit die Bourgeoisie, die jede Regierung des erwachenden Proletariats auf „sozialdemokratische Hege“ zurückführten. Für die Gewerkschaftsführer ist es eine feststehende Tatsache, daß die Gärung des Proletariats nur eine Folge der kommunistischen Hege ist. Deshalb ihre maßlose Abneigung gegen die Kommunisten und gegen alles, was von ihnen ausgeht.

Sinzu kommt noch ein anderes. Die Gewerkschaftsführer sind in ihrer Mehrzahl davon überzeugt, daß die Kommunisten die Gewerkschaften spalten wollen. In unseren Erklärungen, daß wir nicht daran denken, sehen sie nur einen klauen Schachzug. ...

In diesen Ausführungen ist gewiß manches als Konstatierung von Tatsachen richtig. Aus dieser Anschauung heraus ist wohl auch der sogenannte offene Brief der V. K. P. D. entstanden. Er wird ja auch in diesem Gedankengange begründet; legt jedoch eine Macht der Arbeiterklasse voraus, die nicht vorhanden ist infolge der außerordentlichen wirtschaftlichen Struktur Deutschlands. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, offenbar der offene Brief, über den bereits so unglaublich viel Druckerhämmer verschwendet wurde, eine ganz besondere Tendenz, die auch in den vorstehend abgedruckten Betrachtungen der „Roten Fahne“ zum Ausdruck kommt. Jeder gewerkschaftlich geschulte Arbeiter wird gewiß das Richtige aus den Sätzen herauskühlen und ihm eine Folgerung geben können, die zum Teil entgegengesetzt lautet wie die der „Roten Fahne“. Denn der gewerkschaftlich geschulte und erfahrene Arbeiter rechnet mit den tatsächlichen Verhältnissen, während ein ungeübter sich darüber hinwegsetzt. Darin liegt eigentlich im Grunde genommen die Ursache, daß das Arbeitsvolk aneinander vorbeiredet. Schon der erste Satz, erforderte allein eine Behandlung in einem Sonderartikel. Was man heute als überholt und unnötig hinstellt, ist nach unserer Kenntnis der Dinge in einem viel größerem Maße im Kampfe der Arbeiterklasse noch notwendig. Berufs- und Industrieerkenntnisse, Erfahrung im Kampf können durchaus nicht entbehrt werden; wer das ableugnet, will täuschen, ist ein Schamzüchtler! Die Konjunktur hat immer noch eine große Bedeutung auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse, und die „Todesstunde“ des Kapitalismus ist vorläufig, aber auch leider, nur eine Phrasen. Wer sie gebraucht, muß sich gefaßt lassen, daß man ihm sagt, er laufe mit Scheuklappen herum. Was jene heute als „Todesstunde des Kapitalismus“ bezeichnen, ist nur eine Nachwirkung der Kriegsolgen auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiet, die in der Produktion und in der Warenaustragsmaschinerie eine fürchterliche Unordnung hervorgerufen hat. Nicht etwa allein in Deutschland! Dabei tritt zweifellos der dem Gemeinwohl schädliche und egoistische Charakter des Kapitalismus zutage und zeigt jenen Volksgenossen, die es bisher nicht beachtet oder empfunden haben, seine wahre Gestalt. Wir wünschen nur, es wäre tatsächlich seine Todesstunde, und die letzte „Oelung“ sollte ihm nicht entzogen werden. Töricht wäre es ja geradezu zu nennen, wenn die Arbeiterklasse ihrem gekhorenen Feinde, dem Kapitalismus, der angeblickt in den letzten Zügen liegen soll, nicht mit einem kurzen Griff den schnellen Abgang erleichtern würde. Ja, sie müßte es tun, wenn dem tatsächlich so wäre!

Aber leider ist es nicht der Fall. Mit dem Kapitalismus und der mit ihm verbundenen Reaktion haben die Gewerkschaften noch manchen harten Strauß auszufechten, und es ist ein demagogisches Spiel, der Arbeiterklasse vorzutäuschen, er, der Kapitalismus, liege in der „Todesstunde“. Das könnte sich bitter rächen an der Arbeiterklasse selbst! Wollen die Gewerkschaften für ihre Mitglieder Hunger und Elend beseitigen, sie gegen Unternehmerwillkür schützen, dann müssen sie dem Taktischen ins Auge schauen und mit ihnen rechnen. Ohne Phrasen und ohne sich Trugbilder vorzugleichen! Diese Kämpfe, und wenn man will, den Endkampf, werden sie zum Vorteil der Arbeiterklasse nur bestehen können, wenn sie alle die, ihre Kräfte zersetzenden, Bestrebungen der Moskausewärtler ganz energisch zurückweist. Das Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse gebietet es!

Der Kampf der Granitarbeiter des Odenwalds um Erhöhung der Teuerungszulagen.

Zu diesem Kapitel haben wir bereits in Nr. 6 des „Steinmetz“ Stellung genommen. Erneut haben über unsere bereits am 25. November v. J. eingereichte Forderung beim Schlichtungsausschluß Darmstadt am 9. Februar Verhandlungen stattgefunden. Aber wiederum kein Erfolg für die Steinmetzen. Mit Nachdruck hat unsere Kommission die Forderung begründet, auch wurden dem Schlichtungsausschluß die Protokollauszüge vom 12. November 1919 und vom 24. Januar 1920 vorgelegt, woraus klar ersichtlich ist, daß sich die Unternehmer verpflichtet haben, dieselbe Teuerungszulage zu zahlen, wie sie mit dem V. D. G. vereinbart wird. Die Herren Unternehmer stimmten ihr altes Klageglied wieder an: „Keine Aufträge“. Sobald neue Aufträge auf die Dauer von 4 bis 6 Wochen herbeikommen, wollen sie die geforderten 410 Prozent bezahlen. Herr Reinmuth gab sein Ehrenwort, daß, was er unterschreibe, auch halten werde. Das trifft aber nicht zu, würde er das schon bereits angeführte und von ihm selbst unterzeichnete Protokoll einhalten, so hätte er ab 15. November die 410 Prozent bezahlen müssen. Die Steinmetzen geben auf solche Ehrenworte keinen Kreuzer mehr. Nach längeren Beratungen hat der Schlichtungsausschluß folgenden Beschluß gefaßt:

„Es besteht zur Zeit keine Veranlassung, den Schiedspruch vom 1. Januar 1921 zu ändern. Der Schlichtungsausschluß will aber prüfen, in welcher Richtung die Verhältnisse sich entwickeln. Zu diesem Zweck werden die Arbeitgeber aufgefordert, bis zum 3. März v. J. einen Verband- und Auftragsbestand für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. Dezember 1920, sowie vom 1. Januar 1921 bis 1. März 1921 dem Schlichtungsausschluß einzureichen.“

Dieser wird alsdann eine Kommission, bestehend aus den Herren Ullmann und Baffler, entsenden, um an Ort und Stelle mit den Parteien zu verhandeln.

Kollegen, also wieder Worte des Trostes. So kann dies nicht weitergehen. Wir müssen zur Selbsthilfe greifen, aber nicht durch Entfesselung eines Streits, das wäre den Unternehmern nur recht. Wir müssen uns anderwärts Arbeit verschaffen, damit wir finanziell keinen Schaden erleiden. Eine ziemliche Anzahl von Kollegen hat bereits davon Gebrauch gemacht, indem sie den Ganda-

Schlegel mit einer Schaufel vertauschten. Aber auch den noch in den Betrieben Beschäftigten rufen wir zu: „Folgt dem Beispiel!“ Denn nur das kann uns zum Erfolg verhelfen. Die Unternehmer werden natürlich kein Mittel unterjucht lassen, den alten Arbeitsstamm wieder zu ersetzen. Da bietet sich auf Oftera wieder eine günstige Gelegenheit, indem sie versuchen, unter der schulentlassenen Jugend Lehrlinge einzufangen. Hier muß ihnen ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Wir können nicht zugeben, daß man eine junge Generation einem betriebligen ungelunden schlecht entlohnenden Beruf mit unsicherer Existenz zuführt. Tue ein jeder Kollege also auch hierin seine Pflicht!

Kunststein-Strassenpflaster?

Zwei handliche Schriften aus dem Verlag der Tonindustriezeitung Berlin N. 21 tragen diesen Titel. Sie stellen in der Sammlung „Des Zieglers Feierabende“ Heft 8 und 9 vor. Der 1. Teil, Heft 8, handelt von: „Anforderungen und Beschreibung der Pflastersteine“; der 2. Teil, Heft 9: „Erfahrung und praktische Bewertung der Pflastersteine“. Der Verfasser ist Dr. Ing. Joh. Klumpp. Preis der dauerhaft gebundenen Schriften je 7.50 Mark, ohne jeglichen Zuschlag.

Die Tendenz beider Schriften geht schon aus ihrem Titel hervor. Es geht wieder einmal gegen den Naturstein. In der Einleitung des 1. Heftes sagt der Verfasser:

„Die schwierigste Frage beim Straßenbau betrifft die Fahrbahnfestigung. Gewaltige Lasten, starke Stöße von Rädern schwerer und schnell fahrender Fuhrwerke, kräftige Schläge der eisenbeschlagenen Pferdebusse vereinigen sich neben den Einflüssen großer Kälte und starker Hitze zum Angriff auf die Baustoffe der Straßenbede. Es liegt nahe, daß man diesen zerstörungseinflüssen zunächst einen möglichst harten Baustoff, wie ihn die Natur in ihren Hartgesteinen unserer Gegend, vor allem in dem Basalt und Granit bietet, entgegenzusetzen zu müssen glaubte. Das aus zerfallenen Findlingen, den eratischen Blöcken der Eiszeit hergestellte Koppsteinpflaster, mit dem früher in der norddeutschen Tiefebene die meisten Städte, auch Berlin, fast durchweg gepflastert wurden, genügt heute auch nicht den klein- und mittelstädtischen Anforderungen. Ein regelmäßiges Würfelpflaster aber, wie es unsere schlesischen, sächsischen und bairischen Steinbrüche und namentlich die unerschöpflichen Granitbrüche Schwedens liefern, ist kostspielig und unwirtschaftlich, weil es bei geringerem Straßenverkehr nicht genügend ausgenützt wird. Daher erscheint das Bestreben nach einem billigen Ersatzmittel erklärlich.“

Im zweiten Heft lautet die Einleitung:

„Wenn wir die zur Pflasterung von Fahrbahnen bestimmten Kunststeine auf die Erfüllung der im 1. Teil meiner Arbeit (Heft 8) aufgestellten Anforderungen prüfen, so zeigt sich, daß alle Kunststeine den natürlichen Steinen gegenüber den Vorzug aufweisen, daß sie in scharf begrenzter Gestalt und geraden Flächen hergestellt werden können. Infolgedessen ist es auch möglich, bei ihnen die Fugen schmaler als bei den natürlichen Pflastersteinen zu gestalten, wodurch das Pflaster ebener, geräuschloser wird und dem Rollen der Räder geringeren Widerstand entgegensetzt.“

Die gefesterten Sätze in beiden vorstehenden Einleitungen sind von uns veranlaßt, weil sie den Kern darstellen, auf den der Inhalt und die Tendenz genannter Schriften sich stützen. Eine, wohl absichtlich konstruierte Zeichnung von nebeneinandergehenden Pflastersteinen, die einzeln recht konisch gearbeitet aussehn, im 1. Heft soll beweisen, daß bei ungenügender Sand-Einpferkung beim Rammen der Steine durch den Steinseker und durch späteres Befahren mit schwerem Fuhrwerk über die zusammenstoßenden Fugen solcher Steine, ein Stein „leicht zum Klippen“ kommt. Beim Lejen besonders der 1. Schrift fiel uns das bekannte Volkslied ohne Anfang und Ende ein: „Wenn der Topf aber ein Loch hat lieber Heinrich usw.“ Trotzdem gewinnt man den Eindruck, daß der Verfasser über theoretisches und wohl auch praktisches Verständnis über Pflasterungen verfügt; denn alles, was er über Unterbeitung, Wirkung des Befahrens mit leichtem und schwerem Fuhrwerk, schnell fahrenden Kraftwagen, Holzpflaster und dessen Betonfähigkeit, Hygiene des Pflasters usw. sagt, zeugt von Kenntnis der Materie. Hinsichtlich des Steines sei eine regelmäßige Gestalt und große Höhe anzustreben. Die regelmäßige Gestalt erzeugt enge Fugen; die große Höhe tiefe Fugen, die beide die Reibung vermehren, die beim Befahren gegeneinander und zur Verteilung der Lasten entsteht. Die Verarbeitbarkeit der Steine wird dadurch vermindert und die Güte des Pflasters vermindert. Es werden dann viele Beispiele über Versuche, auch aus dem Auslande, angeführt, um ein praktisches, dauerhaftes und möglichst geräuschloses Pflaster zu erzielen. Alle diese Versuche greifen jedoch über unsere eigene Berufstätigkeit hinaus, wir müssen deshalb schon über die Beurteilung der Pflasterungen Zurückhaltung üben. Uns interessiert dagegen etwas anderes, das ist die Tendenz der Schrift, und wenn der Verfasser auf Seite 22 seiner 1. Schrift sagt:

„Deutschland ist in Bezug auf die Beschaffung der Rohstoffe für Steinpflaster in mancher Beziehung schlechter gestellt als andere Länder. Ganz Norddeutschland besitzt außer wenigen Steinbrüchen im Harz und in der Nähe von Göttingen keinerlei geeignete Fundorte für weiterverarbeitete Gesteine. Ganz besonders schlimm ist die Reichshauptstadt daran. Den bis in die letzten Jahre sehr erheblichen Bedarf an natürlichen Pflastersteinen haben die deutschen Steinbrüche Schlesiens und Bayerns nicht zu genügen vermocht, so daß man sich zum Bezug schwedischer Granite genötigt sah.“

So scheint er uns hier recht schlecht informiert oder doch in der Beurteilung sehr befangen zu sein. Es ist ein starkes Stück zu schreiben:

„Deutschland ist auf die Beschaffung der Rohstoffe für Steinpflaster und schlechter gestellt als andere Länder.“

Die Steinbrüche in Schlesien, Sachsen, Bayern usw., die alle vollwertiges Material in jeder verlangten Qualität und Quantität liefern können, liegen doch in Deutschland! Und es hört sich in den weiteren Ausführungen bald so an, als wenn die Reichshauptstadt Deutschland alle in darstellt. In der Reichshauptstadt kann schließlich nicht gut eine große Steinbrücheanlage vorhanden sein, damit die benötigten Pflastersteine direkt „auf der Nase“ liegen. Das ist nun einmal nicht; aber deswegen braucht man beim Bedarf noch lange nicht nach Schweden zu greifen! Der Verfasser braucht jedoch solche Beweisführung zur Begründung und Empfehlung aller möglichen künstlichen Pflastersteine, von deren Vorzügen gegenüber dem Naturstein drei Viertel der beiden Schriften zusammengekommen groß und breit erzählt. Ob ihm nicht selber der Gedanke kam, daß seine Argumente dem immensen Reichtum der deutschen Gesteinsvorräte nicht standhalten? Vielleicht laden die Vertriebsräte der großen deutschen Pflasterbetriebe den Dr. Ing. Joh. Klumpp einmal zur Befestigung der Betriebe ein und wenn es nötig erscheint, wird unser Verband die Kosten übernehmen. Es muß einmal auf diese Art versucht werden, praktische Aufklärung über die deutsche Natursteinindustrie ihre Bedeutung und Leistungsfähigkeit zu fördern. Wir sind überzeugt, daß dann mancher Theoretiker gegen den Naturstein eine andere Auffassung bekommt.

Strassenbau und -Unterhaltung sind gewiß heute mit hohen Kosten verbunden und viele Kommunalbehörden überlegen lange, sie kommen wegen der Finanzklemme aus den Ueberlegungen nicht heraus, so daß notwendiger Straßenbau und Reparatur unterbleibt. Aber lieber Himmel, was ist heute wohl mit geringen Kosten herzustellen? Da wird nichts Kennenswertes aufgezählt sein! Ganz gewiß wären es jedoch Schildbürgertricks, wenn einzelne Kommunen sich nun auf Experimente mit Kunststein-Pflasterungen einlassen würden. Vielleicht würde bei der Erstaufführung etwas gespart werden können, doch sehr wahrscheinlich ist, daß die Unterhaltungskosten der mit Kunststeinpflaster versehenen Straßen später das Mehrfache verschlingen. Hier wird zutreffen, was der Dr. Ing. über künstliche Pflastersteine aus gebranntem Ton mit Feder, Rute und Kreuzrippen an anderer Stelle seiner Schrift sagt:

„Alle diese Erfindungen haben sich aber für die Praxis nicht als brauchbar erwiesen und sind außer bei ganz wenigen Versuchsstrecken nie zur Anwendung gekommen.“

Was nun die Entstehungs- und Unterhaltungskosten anbelangt, so mag hier ein Gutachten des Stadtbaurats in Annaberg, Erzgebirge, (Herr Köhner) angeführt werden, der sich zu der Frage: „Ist Kleinpflaster auch jetzt noch wirtschaftlich?“ kürzlich in der Steinsekerzeitung wie folgt geäußert hat:

„Bei den jetzt außerordentlich gestiegenen Preisen für Kleinpflastersteine und der Erhöhung der Steinsekerlöhne ist diese Frage gewiß zeitgemäß und ich will versuchen, sie zu beantworten.“

Die Steinpflastersteine kosten heute frei Baustelle etwa 35.50 Mark pro Quadratmeter, das ist etwa der achtfache Betrag des Friedenspreises, die Steinsekerlöhne sind um etwa das Neunfache gestiegen. Demgegenüber kostet heute Basaltkarschlag für Schotterstraßen 1 Kubikmeter 110 Mark frei Baustelle, das ist das elffache des Friedenspreises. Sand und Kies sind etwa im gleichen Verhältnis im Preise gestiegen, und die Löhne der Tiefbauarbeiter etwa um das fünfzehnfache. 1 Quadratmeter Kleinpflaster von Kunatsteinen kostet heute hier 70 Mark und 1 Quadratmeter Straßenfläche mit Basaltkarschlag zu beschottern und abzumalzen etwa 30 Mark. Hiernach sollte man meinen, daß die obige Frage auf den ersten Blick zugunsten der Schotterstraße entschieden sei. Dies ist jedoch nicht zutreffend, da die vorstehenden Zahlen nur die Herstellungskosten angeben. Bei Beurteilung der Wirtschaftlichkeit müssen aber vor allem auch die Lebensdauer und die Unterhaltungskosten mit berücksichtigt werden und gerade die letzteren sind bei den hiesigen Gebirgsstraßen so außerordentlich hoch, daß sie von ausschlaggebender Bedeutung werden.

Die Lebensdauer eines guten Kleinpflasters kann mit 30 Jahre angenommen werden. Dabei sind die Unterhaltungskosten so gering, daß sie kaum in Frage kommen. Eine hier im Jahre 1903 mit Kunatsteinem Kleinpflaster hergestellte Straße mit Steigungen von 1:8 bis 1:15 liegt heute noch tabellos und

hat in den 17 Jahren ihres Bestehens noch keine Unterhaltungskosten verursacht. Die Lebensdauer einer Schotterbede kann dagegen im Durchschnitt mit 10 Jahren angenommen werden. Bei den hiesigen steilen Straßen werden aber alle Jahre durch Gethättergüsse die Schotterbeden derart mitgenommen, daß vielfach neues Deckmaterial oder auch Karschlag aufgebracht werden muß. Aber auch große Stürme verursachen vielfach erheblichen Schaden an den Schotterstraßen. So hat der in den letzten Monaten dieses Jahres fünf Tage lang anhaltende Sturm die Schotterstraßen ihrer Schutzbede vollständig beraubt, so daß der Karschlag frei liegt und die Steine vielfach halbtot geworden sind. Durchweg muß eine neue Schutzbede aufgebracht werden, die an den schlimmsten Stellen eingewalzt werden muß, um nur wieder einigermaßen eine haltbare Straßenbede zu bekommen. Diese Unterhaltungskosten können in den 10 Jahren der Lebensdauer einer Schotterstraße auf etwa die Hälfte der ersten Herstellungskosten angenommen werden. Wühin kostet ein Quadratmeter Schotterstraße in 30 Jahren 90 Mark für Neubeschotterung und 45 Mark für Unterhaltung, zusammen 135 Mark.

Demgegenüber betragen die ersten Herstellungskosten eines Quadratmeters Kleinpflaster 70 Mark. Rechnet man dazu für Unterhaltung noch 10 Mark pro Quadratmeter, so ist 1 Quadratmeter Kleinpflaster noch um 55 Mark billiger als 1 Quadratmeter Schotterstraße.

Wegen der viel höheren ersten Herstellungskosten des Kleinpflasters ist für dieses allerdings ein höherer laufender Zinsendienst erforderlich. Dieser wird aber mehr als reichlich aufgewogen durch die weit höheren Kosten für Reinigung und Bekämpfung der Staubplage bei den Schotterstraßen. Hieraus wollen entnommen werden, daß Kleinpflasterstraßen auch heute bei den hohen Preisen noch wirtschaftlicher sind als Schotterstraßen, erstere haben aber den großen Vorteil voraus, daß man dauernd saubere Straßen hat, bei denen die Staubplage auf ein Minimum beschränkt ist.

Bei Straßen im Flachland können sich vielleicht die Verhältnisse etwas zugunsten der Schotterstraßen verschieben, aber auch dort wird ernstlich zu prüfen sein, ob nicht Kleinpflaster vorzuziehen ist, ganz besonders aber dann, wenn die Straßen starken Kraftwagenverkehr aushalten müssen, der die Schotterstraßen derart angreift, daß ihre Haltbarkeit wesentlich vermindert, die Unterhaltungskosten aber erheblich steigen.“

Was hier über Dauerhaftigkeit, Unterhaltungskosten und damit über die wirtschaftliche und praktische Bedeutung des Kleinpflasters gesagt wird, trifft bei fachgemäßer Pflasterung auf alle übrigen Natursteinpflasterungen zu. Alle Ersatzstoffe gegenüber dem Naturstein können niemals letzteren gleichwertig ersetzen und alle theoretischen Erwägungen, auch wenn sie noch so nett und vielseitig ausgeführt und aneinanderbereitet werden, ändern daran nichts. Erfas bleibt Erfas!

Die Natursteinindustrie-Interessenten haben aber trotzdem alle dringende Ursache, solchen Ersatz-Theoretikern die nötige Aufmerksamkeit zu widmen und ihren schriftlichen Abhandlungen ebenfalls entgegenzusetzen. Die Praxis und Erfahrung, die anscheinend aus der Schrift des Dr. Ing. Joh. Klumpp hervorgeht, hat über Natursteinpflasterungen jedenfalls auch noch anderes aufzuweisen, das geeignet ist, die entgegen gesetzte Wirkung zu erzielen! Die natürlichen und unerschöpflichen deutschen Gesteinsvorräte sind doch schließlich nicht dazu vorhanden, damit sie von Theoretikern und industriellen, launischen Pfliffküssen angegriffen werden, um sie in Eigenart, Struktur, Druckfestigkeit, Haltbarkeit, Gebrauchsfähigkeit usw. — nachzumachen, mit der Bezeichnung „Erfas“. Es wird wirklich ernsthaft Zeit, gegen diesen Nummel Front zu machen! Zu der Not in der Naturstein-Industrie sind die beiden Heften „Kunststein-Strassenpflaster“ die beste Illustration, und gehen die dazu berufenen Kreise ernstlich und mit Nachdruck daran die Bedrängnis der Naturstein-Industrie entsprechend bloßzulegen; dann möchte man annehmen, daß kein Verantwortlicher achlos daran vorübergeht!

Die Unfälle

und ihre Entschädigung 1920.

In der Zeitschrift der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft vom 15. Februar finden wir bereits Unterlagen aus dem verfloffenen Rechnungsjahr 1920. Die Angaben haben auch für unsere Berufsstufe Interessierendes, Wissenswertes und Belehrendes, sind infolge ihres jüngsten Datums auch aktuell.

Im Jahre 1920 sind der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft 7467 Unfälle gemeldet worden (1919 — 6704). Erstmalig entschädigt wurden 1150 Unfälle (1919 — 999); davon sind 151 Todesfälle, 17 Fälle mit völliger Erwerbsunfähigkeit, 399 Fälle mit vorübergehend dauernd teilweiser Erwerbsunfähigkeit und 583 Fälle mit vorübergehend vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Insgesamt haben 1920 von der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft Rente empfangen:

Totenehrung — Totenstätten.

Unter dieser Ueberschrift konnten wir lektin in der illustrierten Wochenschrift „Volk und Zeit“ eine Abhandlung lesen, die ein gewisses berufliches Interesse von uns beansprucht. Der Verfasser, Otto Meyer, hatte auch einige wirklich stimmungsvolle Abbildungen von Grabdenkmälern beigelegt, die von der Steinmetz-Friedhofskunst längst vergangener Jahre abermals ein bereichendes Zeugnis abgeben. Leider gestattet uns der Raum nicht, diese zu bringen. Zu dem textlichen Teil, wenn man ihn vom engen Berufsgesichtswinkel betrachtet, läßt sich gewiß manches sagen, auch über die angestrebte Gleichmachung. Doch der betonte Massenstandpunkt im Text im Vergleich zur Totenehrung hat auch gewiß schon manche Betrachtung unserer Kollegen ausgelöst, die an den Steinen zur Totenehrung von früh bis spät arbeiten und „Freud“ und Leid des Berufes mit am Stein veremigen:

Soweit die Forschung in der Menschheitsgeschichte zurückreicht, hat sie auch mehr oder weniger feierliche Totenbestattung nachgewiesen. Sei es durch Grabbeigaben oder Denkmäler, in allen Zeiten hatte der Mensch das Bedürfnis, das Grab seiner Angehörigen zu schmücken, den Verstorbenen durch ein Ehrenmal zu feiern. So sind dann auch Totenstätten verschiedener Zeitalter Kulturdenkmale geworden, wie die Hünengräber, die Pyramiden, die römischen Gräberstraßen, die Katakomben in Rom.

In gleichem Sinne bilden die Friedhöfe unserer Zeit auch den Ausdruck der heutigen Kultur. Sie tragen den Stempel der Geschmackslosigkeit und des Klassenstaates. Teilweise sind wohl gute Anlagen, nicht zuletzt in den Waldfriedhöfen, anzutreffen, welche dann aber fast durchweg mit elendem Denkmalsstich der industrialisierten Grabmalakunst beplastert sind. Ohne weiteres tritt in Erscheinung, daß nach dem Wahlspruch: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ gearbeitet wurde, bei dem sich alles in Geschmackslosigkeit zu überbieten suchte. Je mehr Mittel zur Verfügung standen, um so größer der Anstich; auf jeden Fall mußte „mehr dran sein“, um den Bestizand auszudrücken. Man baute für Wohlhabende das „Erbgrabnis“, armen Leuten setzte man die Porzellanbibel oder die Tafel mit dem Engelschen. Für die mittleren Schichten war die Industrie in Motiven nicht verlegen; es sei nur an die abgebrochene Säule oder den Baumstumpf aus Stein erinnert. Unter diesem Dult von „Kunst“ mußte eine vereinzelt gute Arbeit völlig untergehen — sie war hier zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Der Grabpflanz erwuchsen neue Geschäftszweige, welche den Toten Blechkränze wand. Der Totensonntag will Kränze sehen, doch das wurde manchen Leuten zu teuer; — einen Blechkranz! Und diesen in einem Glaslasten beigelegt. Mit dabeigegebenen Photographien, Französischen, Heiligenbildern machte man diese zu den reinsten Reliquienkreisen.

Wie sah es vor dem Zeitalter der Industrie aus? — Vereinzelt finden wir noch gute Ueberlieferungen, so in dem alten Friedhof in Eisenach selbst eine Gesamtanlage als Musterbeispiel... Feierlich — inmitten die alte Kapelle. Hier Orgelspiel — alte Weiden, wen hat da nicht Wehmut ergriffen? — Die Urnensteine mögen eine Unaufrichtigkeit sein, da sie keine Äsche in sich bergen. Aber die Zeit um 1800 hat die Vorbilder aus der Antike stark bevorzugt

und so dürfte auch der römische Urnenstein mehr als Denkmal, wie als Äschenbehälter übernommen sein. Was hier in Eisenach mit dazu beiträgt, eine so würdige Stimmung zu erzielen, ist die Einheitlichkeit des Grabmals. Aus der Zeit 1790—1822 finden wir die Urnensteine, die wohl einer Hand entstammen, wie dann wieder eine gleiche Gruppe von 1830—1860, die ihren Meister wie die Stelen aus derselben Zeit verraten. So entstand keine Konkurrenz, die den Nachbar durch Prozeßerei zu überbieten suchte und der Steinmetz konnte unbeflügelt das Augenmerk auf den Friedhof als sein Gesamtwerk einstellen. Ähnliche Merkmale reifen können finden sich auch noch in verlorenen Winkeln der Großstadt, wie in Berlin in der Scharnhorst-, Sebastianstraße, im Waldpark, im Friedrichshain und an den alten Kirchen. Allzu bedauerlich ist nur, daß unsere Zeit kein Gefühl für das Ruhe- und Weihevollste dieser Anlagen hatte, daß man die Einheitlichkeit nicht weiter pflegte, den Klassenunterschied auch noch am Grabe aufpflanzen mußte, ja, sich gegen die Welt eingitterte.

Eins der schönsten Beispiele der Gleichheit dürfte der mohammedanische Friedhof in „Ejub“ am Goldenen Horn sein, auf dem jedes Grab die gleiche, nach oben halbkreisförmig abgeschlossene Tafel, als einfache Stelenform, ziert. Durch die wildwachsenden Ranken in seiner Feierlichkeit, durch die romantische Lage in der malerischen Wirkung wird er zu den eindruckreichsten Totenstätten gezählt. Die alten Judenfriedhöfe lassen uns diese Stimmung ahnen, sie haben auch fast durchweg die gleichen Stelen. Da liegen sie oft geheimnisvoll, weit abseits der Gemeinde, die Steine neigen sich in allen Richtungen, als hätten sie einander zu erzählen. So auch am Fuße der Burg Rheindel liegt der alte Judenfriedhof; unter ihrem Schutz hoch oben auf dem Berge im Buchenwald; wie die Stämme der Bäume, gleicht auch ein Stein dem andern — In Berlin gibt der Judenfriedhof in der Schönhauser Allee in seinem alten Kern noch dieses charakteristische Bild wieder.

Wie dem orientalischen Friedhofsbild die gleiche Stele eigen ist, so den christlichen Totenstätten das Kreuz. Hierfür finden sich auf den Friedhöfen des Rheinlandes schöne Beispiele aus der Zeit des 16.—18. Jahrhunderts. Kleine, gebrungene Formen, in der Gesamthöhe zwischen 30 und 50 Zentimeter, mit geringem Schmuck und knappen Inschriften, stehen sie geradezu im Zeichen der Bescheidenheit. An vielen Stellen sieht man sie noch so zahlreich, daß man auch hier auf eine einheitliche Behandlung schließen kann. Doch mit dem Steigen der Großmannsucht wuchsen die Kreuze — kam man vor allem auch mit einem bescheidenen Material nicht mehr aus; sie mußten blühen wie die gewöhnlichen Zylinder — die Stimmungsreize der alten Friedhöfe waren dahin.

Eine interessante Vergleichen von Stele und Kreuz fand ich in einigen Beispielen auf einem alten Friedhof in Eßland bei Marva aus dem 17. Jahrhundert. Aus der Stele ist in durchbrochener Form das Kreuz hervorgehoben.

Das Zurückgehen der Häufigkeit des Kreuzes an den Gräbern unserer Zeit könnte auf den geloderten, fast nur äußerlichen Zusammenhang der Trauernden mit der Kirche zurückgeführt werden. Nicht nur in protestantischen, selbst in katholischen Gegenden weicht das Kreuz dem modernen Grabstein, der seinen Ursprung in der Stele findet. Nun setzt ja auch mit dem Ausgang des vorigen Jahr-

hunderts wieder eine andere Form der Beisehung ein: die Verbrennung. Ohne Zweifel eine neue Zeitepoche kennzeichnend, ist hier eine Gelegenheit, bei der uns die Pflicht erwacht, auch in eine Kulturbewegung unserer Totenehrung einzutreten. Den Geist des Massenstaates, den wir beurteilen, sollen wir nicht nur bei uns selbst ausmerzen, nein — wir sollen auch auf unsere Zeitgenossen beeinflussend zu wirken versuchen. Als bestes Mittel hierfür wäre wohl zu empfehlen, unsere lieben Mitbürger in die Krematorien und deren Urnenfriedhöfe zu führen. In Berlin haben wir den so feierlich gestimmten Bau eines Krematoriums in der Gerichtsstraße von dem leider zu früh verstorbenen William Müller. Steigen wir in die Kellerräume hinunter, so stehen wir unter dem Eindruck römischer Katakomben. Die gleichmäßigen Urnenstätten verpflichten zu einer Einheitlichkeit, die jedoch immer noch nicht befriedigend in Erscheinung tritt, da einmal Kränze als Umrahmung der Nischen angebracht sind, in anderen Fällen Blumen in allen möglichen Formen, selbst in Vasen, als Beigaben anzutreffen sind. Auch die Frage des Materials dürfte einer Prüfung unterzogen werden: ist polierter Granit und Speint hier als bodenständige Material zu betrachten oder wäre die Urne aus Ton nicht vorzuziehen? Außerhalb der Urnenhallen befindet sich ein alter Begräbnisplatz im Umwandlungsprozess. Wir haben hier die schönsten Gelegenheit zu vergleichen. Im vorderen Teil sind Beisehungsstellen geschaffen, in quadratischen Feldern aufgestellte Urnen, für welche bestimmte Vorschriften über die Größe festgelegt sind. Hier kommen wir dem Gedanken der Einheitlichkeit schon näher.

Von den Krematorien Deutschlands dürfte wohl kaum eins das von Halle in erhebender Wirkung übertreffen. Erst während des Krieges erbaut, zeigt es die höchste Stufe verfeinerter Kultur in dem Bestattungswesen unserer Zeit. Jeder Besucher Hallens sollte dieses Kulturdenkmal aufsuchen.

Die Leichenverbrennung erfährt ständig wachsenden Zuspruch, was für Berlin die Notwendigkeit eines dritten Krematoriums ergibt. Nach den Entwürfen des Stadtbaurats Ludwig Hoffmann wird hierfür in der nächsten Zeit ein mustergetreuer Bau in der Diestelmehrerstraße entstehen. Für die Anlage der äußeren Beisehungsstellen sind rechteckige Plätze von neun zu elf Metern mit Heden eingefast, vorgegeben, in welchen vierzig Stellen angeordnet sind. Diese müssen dann in rhythmischem Wechsel mit liegenden Grabdenkmälern oder Postamenten mit Urnen besetzt werden. Die Kunstdeputation hat durch einen Wettbewerb im vergangenen Jahre hierfür sehr gute Resultate herausgeholt, die in den einzelnen Feldern zueinander abgestimmt werden, um so durch das einheitliche Ganze reiner Stimmungswerte zu schaffen. Die Verteilung der Gleichheit findet hier eine solide Grundlage: sind wir aus dem Kreis der Lebenden geschieden, so unterscheiden wir uns durch nichts. Ueber allen thront die Majestät Tod — der sind alle gleich. Jedes dieser Feldern wird getönt durch ein größeres Zierstück — ein Grabmal für alle — — — Wiederum diese Zierstücke der einzelnen Felder kommen in einer Flucht zu stehen, daß wir an den Eindruck römischer Gräberstraßen erinnert werden dürfen.

Möge unsere Generation der Totenbeisehung und -Ernung einen Aufstiege vorbereiten, einedent! dessen, daß sie der Kulturspiegel einer jeden Zeit ist.

11 041 Verletzte
2 870 Witwen
2 280 Kinder
120 Verwandte der aufsteigenden Linie
387 Angehörige der in Heilanstalten untergebrachten Verletzten

Zusammen 16 608 Personen.

Rechtszulagen erhielten 6781 Personen. Durch Verordnung vom 5. Mai 1920 sind an Stelle der alten Zulage von monatlich 20 M., die die Bedürftigkeit zur Vorauszahlung hatte, allen Verletzten, die auf Grund der reichsgerichtlichen Unfallversicherung eine Rente von 50 vom Hundert oder mehr der Vorkriegsbezüge, Zulagen — vorläufig bis 31. Dezember 1921 — gewährt worden.

Die Zulagen sind gestaffelt und betragen für Unfälle aus den Jahren 1885 bis einschließlich 1900: 90 vom Hundert, bei Unfällen aus dem Jahre 1901 bis einschließlich 1915: 70 vom Hundert und bei Unfällen aus den Jahren 1916 bis 31. Januar 1920: 40 vom Hundert des Monatsbetrages der laufenden Rente. Die Mindestzulage beträgt monatlich 20 M.

Verletzte, die nach dem 31. Januar 1920 verunglückten, erhalten keine Zulage, weil sich ihre Rente schon nach einem höheren Jahresarbeitsverdienst berechnet. Es sind 1920 von unfalloerlegten Arbeitern Jahresverdienste bis zu 12 000 M. erzielt worden.

Weiter ist durch die erwähnte Verordnung auch den Witwen, Kindern und Verwandten der aufsteigenden Linie eine Zulage zugesprochen worden, die bei Unfällen aus den Jahren 1885 bis einschließlich 1900: 60 vom Hundert, aus den Jahren 1901 bis 1915: 40 vom Hundert, und aus den Jahren 1916 bis einschließlich 1919: 20 vom Hundert des Monatsbetrages der laufenden Rente beträgt.

Die Zulagen haben naturgemäß eine beträchtliche Erhöhung der Entschädigungslast herbeigeführt. Die gesamten Entschädigungen sind nach der vorläufigen Feststellung von 1919 zu 1920 um rund 1 455 000 Mark gestiegen. Die Zulagen für Verletzte erhöht sich um rund 614 000 M. An Witwen wurden 215 000 M., an Kinder 139 000 M., und an Verwandte aufsteigender Linie 7000 M. Zulagen gezahlt. Die Renten selbst zeigen verhältnismäßig nur geringe Abweichungen gegenüber dem Vorkriege. Dagegen drückt sich die allgemeine Preissteigerung in der Erhöhung der Kosten für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel sowie für Kur und Verpflegung aus:

Die Kosten des Heilverfahrens schwellten von 100 000 M. auf 320 000 M.

Die für Kur und Verpflegung von 100 000 M. auf 235 000 M. hoch.

Im Rentenfeststellungsverfahren sind 10 223 Bescheide erlassen worden; davon 5278 über die Gewährung von Zulagen.

Die Rentenzahlungen an Italiener und Oesterreicher, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, ruhten noch im Jahre 1920; sie sind aber neuerdings nach Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen wieder aufgenommen worden.

Nach einer der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft kürzlich zugegangenen Mitteilung von zuständiger Seite ist das Abkommen mit Frankreich über Elsäz-Bohringen, die Sozialversicherung betreffend, von Frankreich nicht ratifiziert, sondern vor das für diesen Fall vorgesehene Schiedsgericht gebracht worden. Die Renten in Elsäz-Bohringen werden zur Zeit noch von der französischen Regierung auf Grund der Anweisungen der deutschen Berufsgenossenschaften weitergezahlt.

Die Rentenzahlung nach Polen hat die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft ebenso wie die anderen eingestellt. Die Auseinandersetzung mit diesem Staat steht noch aus, ebenso die über das uns von Belgien genommene Gebiet Eupen-Malmedy.

Eine gewisse Regelung ist bezüglich der Sozialversicherung in den an Dänemark übergebenen Landesteilen getroffen worden.

Die Ententepolitik.

Ein englisches Genossenschaftsurteil über die Pariser Beschlüsse bringt das Organ der British Cooperative Union, die „Cooperative News“, in einem die Pariser Wiebergutmachungsbeschlüsse scharf kritisierenden Aufsatz; in dem es in Bezug auf die wirtschaftlichen Wirkungen auf die Arbeiterchaft der Ententeländer heißt:

Die erste Erwägung für die Arbeiter ist: Wie kann Deutschland zahlen? Seine ausländischen Forderungen sind hin und sein internationaler Kredit ist in die Brüche gegangen. Darum ist die Mark jetzt 1 1/2 Pence wert, statt 1 Schilling. Es kann nicht in Gold zahlen, denn die Durchschnittszinssrate würde 270 Millionen sein — abgesehen von den 12 Prozent Abgabe von der Ausfuhr, und wie ich autoritativen Berichten entnehme, beträgt die ganze Weltproduktion an Gold jährlich nur 100 Millionen. Es mag Waren verkaufen und dafür Gold beschaffen, das den alliierten Nationen übergeben werden kann, aber es kann Waren nur im Wettbewerb mit diesen Nationen verkaufen. Tut es das aber, so wird es uns von jenen Märkten ausschalten, und das wird verringertes Ausfuhrgeschäft und weniger Arbeit für die anderen bedeuten — allein in unserem Lande 12 Millionen —, die noch das Los der Armut tragen. Bleibt übrig, die Waren den alliierten Nationen zu senden. Dort entsteht dieselbe Schwierigkeit. Deutschland liefert Schiffe an uns auf Grund der Verpflichtungen, und unsere Schiffbauer sind arbeitslos. Es liefert Kohlen an Frankreich nach Verpflichtung, und französische Kohlengräber laufen arbeitslos umher, während der entsprechende Rückgang der britischen Kohlenausfuhr nach Frankreich bei uns Kohlengräber auf Pflaster wirft. Die Lieferung von 270 Millionenwerten an Waren an die alliierten Nationen wird noch mehr Kurzarbeit bedeuten.

Es stimmt, daß eine Ausfuhrabgabe von 12 Prozent auf alle deutschen Ausfuhrer erhoben werden soll. Für jede 100 Pfund Sterling ausgeführter Waren würde Deutschland 12 Pfund Sterling an die Alliierten zu zahlen haben. Wenn die Waren für 100 Pfund Sterling verkauft werden könnten, wird es sie für 115 Pfund Sterling verkaufen, so daß, wenn die Alliierten 12 Prozent nehmen (von 115 Pfund Sterling), ihm noch 100 Pfund Sterling für seine Waren verbleiben. Man mag wohl behaupten, das würde es Deutschland unmöglich machen, mit unseren Fabriken zu konkurrieren. Wirklich? Es wird bedeuten, daß die britischen Fabrikanten ihre Preise aufschlagen werden, um sich zu vergewissern, daß sie den dann möglichen Zuschlagsprofit ernten. Das ist keine Phantasia, es beruht auf tatsächlichen Vorgängen. Als das Kriegskrisis die Frachtraten sprunghaft hochtrieb und den Preis für Einfuhrgetreide erhöhte, erhöhten auch die britischen Landwirte, die keine Schiffsfracht für das auf ihrem eigenen Acker gewachsene Getreide zahlten, die Preise entsprechend den erhöhten Preisen des Importgetreides. Die entsprechende Steigerung würde auch Platz gegriffen haben, wenn statt der Frachterhöhung eine Abgabe für das fremde Erzeugnis bestanden hätte. Die Ausfuhrabgabe wird vom Verbraucher gezahlt werden, einerlei, ob er deutsche oder heimische Ware kauft; das phänomenale Wachstum der deutschen Ausfuhr, das nötig ist, um 270 Millionen jährlich 42 Jahre lang zu zahlen, wird dagegen unsere Industrie mehr treffen als irgendeine andere Nation. Die Erzeugnisse, die Deutschland liefern kann und die die alliierten Nationen sich nicht selbst beschaffen können, bedeuten nur einen Tropfen in dem Eimer der ungeheuren Summe, die nach der Pariser Entscheidung Deutschland zahlen soll, und vermehrte Einfuhr deutscher Waren durch die alliierten Nationen ist verbunden mit Verdrängung der Tätigkeit der alliierten Arbeiter, die schon ohne diese Einfuhr arbeitslos sind oder verkürzt arbeiten.

Ein anderes Urteil, was mit der Angelegenheit in Verbindung steht, gibt Dr. A. H. H. (Karlsbad) ein bekannter Fachmann auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft. Im „Prager Tageblatt“ macht er Ausführungen über den Kohlenüberschuß der Welt, die aufmerksamste Beachtung beanspruchen:

„Die Engländer und Amerikaner werden in der nächsten Zeit wesentlich billiger werden. Sie müssen es, denn sonst können sie ihren Export nicht steigern, ständen also vor der Notwendigkeit, einen Teil der Werte stillzulegen und eine halbe Million Arbeiter auf Pflaster zu werfen. Das dieses Willigerwerden sehr bald auf die Selbstkosten, speziell die hohen Löhne, stößt, werden den großen Lohnherabsetzungen, die in Amerika bereits zum Teil durchgeführt sind, sehr bald ebensolche Lohnherabsetzungen in England folgen, natürlich unter großen Kämpfen. Über diese Kämpfe werden die Arbeiter ebenso sicher verlieren, wie sie die bisherigen Kämpfe gewinnen mußten, solange nicht nur die Kohlenpreise, sondern auch die alle-

meinen Kosten der Lebenshaltung sinken. Jetzt fallen alle Preise, alle müssen die Löhne folgen.

Die Engländer und Amerikaner werden in der nächsten Zeit zu allen, auch zu Verluftpreisen, eine ungeheure Kohlenmenge, rund 100 Millionen Tonnen jährlich, auf den europäischen Kontinent werfen. Sie müssen es tun, wenn sie ihre eigene Kohlenwirtschaft vor einer Katastrophe bewahren wollen. Diese Kohlenstromflut der 100 Millionen Tonnen wird von der ganzen politischen und wirtschaftlichen Macht der beiden mächtigen Großmächte getragen werden. Es wird alles, was seit 1914 am Kontinent an künstlichen Gebirgen in die freie Kohlenwirtschaft hineingebaut wurde, wie Bündel in einem Au zerbrechen. Das Abkommen von Spa ebenso wie unsere Zwangswirtschaft, unsere Kohlenverträge und unser Bureaualtismus werden in einem Moment wie unter den Trümmern eines Bergsturzes begraben sein. Das sind alles Dinge, um die mit Ausnahme der Bureaurentraten niemand weinen wird. Der Stoß wird uns die Befreiung von der Kohlennot und Feuerung und dem Bureaualtismus bringen. Er wird also eine Erlösung bedeuten. Leider wird er auch zeigen, welche Wunden die Politik unterdessen der Wirtschaft geschlagen hat.“

Man kann nur wünschen, daß diese Ausführungen auch in Frankreich gelesen werden.

Die Arbeitslosenzählung im Verband für den Monat Januar 1921.

Die Beteiligung der Zahlstellen läßt noch viel zu wünschen übrig und eine Entschädigung, daß die Zählung bei uns neu ist, darf es nicht geben. Von 465 liegen nur von 321 Zahlstellen Angaben vor. Letztere umfassen 30941 Mitglieder, erstere 14535. Durch diese Nichtbeteiligung hat das Resultat der Zählung nur halben Wert. Die Mitglieder müssen darauf drängen, daß die Zahlstellenverwaltungen die kleine Mühe nicht scheuen.

Die einzelnen Gaubezirke wiesen nachstehende Beteiligung und Arbeitslosigkeit auf:

Gau	Zahlstellen	Mitgl.	Arbeitslos
1. Gau	12 Zahlstellen	mit 1478 Mitgl.,	davon 197 arbeitslos
2. "	30 "	6272 "	87 "
3. "	54 "	3883 "	211 "
4. "	38 "	2649 "	66 "
5. "	53 "	5567 "	71 "
6. "	31 "	2927 "	73 "
7. "	50 "	4504 "	181 "
8. "	53 "	3661 "	166 "

321 Zahlstellen. 30941 Mitglieder, 1054 arbeitslos.

Das sind 3,4 vom Hundert, der an der Zählung Beteiligten. Ob nun die fehlenden Orte diesen Prozentsatz günstig oder ungünstig beeinflussen, kann nur vermutet werden und gestattet deshalb keine Betrachtungen.

Die Arbeitslosigkeit war im außergewöhnlichen Maße in Berlin, Königsberg, Breslau, Liegnitz, Chemnitz, Langenjalza, Leipzig, Plauen, Hamburg, Kiel, Alst, Pfaffenhausen, München, Nürnberg, Rößbach, Aue und Stuttgart, während in den anderen Orten von außergewöhnlicher Arbeitslosigkeit erfreulicherweise nicht berichtet werden kann. Dabei muß natürlich betont werden, daß auch in diesen Orten durch den allgemeinen Rückgang der Arbeitsgelegenheit in der Natursteinindustrie sich eine ganze Anzahl Steinarbeiter andere Beschäftigung gesucht haben, dieser Berufswechsel aber nicht in den Siffern der Arbeitslosigkeit zur Geltung kommt.

Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt: um 1—8 Stunden in 56 Betrieben mit 491 Arbeitern
" 9—16 " " 28 " " 413 "
" 17—24 " " 18 " " 281 "

Der Rückblick über Arbeitszeitverkürzung ist auf der Zählkarte nur dann auszufüllen, wenn die Arbeitszeit weniger beträgt, als wie durch Tarifvertrag festgelegt ist. Dieses ist bei der nächsten Zählung im Februar besonders zu beachten.

Bei der Zählung im Monat Februar muß die Beteiligung eine bessere werden und weil uns daran liegen muß, alle Verbandsorte lückenlos zu erfassen, bringen wir die säumigen Zahlstellen nachstehend zur Kenntnis:

- Gau: Brandenburg, Danzig, Feldberg, Guben, Schwerin, Waren, Wolgast, Wriezen.
- Gau: Arnsdorf, Bausen, Girsachsdorf, Goldberg, Gr.-Hartmannsdorf, Grünberg, Jannowitz, Köbau, Niederlinda, Schirgiswalde, See, Strehlen, Ströbel, Tuischendorf, Waldenburg, Wenig-Radwitz, Wünschelburg, Wüstegiersdorf.
- Gau: Altleben, Arnstadt, Crottendorf, Dresden-Pirna, Ehringsdorf, Gahma, Gera, Genex, Hohenleuben, Kirchberg, Landsberg, Oberdorf, Schmalkalden, Vermsdorf.
- Gau: Adelebsen, Dörnberg, Elgershausen, Gudensberg, Halberode, Hohenberg, Jöbenbüren, Königslutter, Lüneburg, Mientstedt, Oberaula, Osnabrück, Osterode, Paderborn, Reichenhausen, Unsen, Volkmarzen, Welleroode.
- Gau: Allendorf, Blombachgerbach, Breitenborn, Dietesheim, Dornap, Elberfeld, Elkenroth, Endbach, Enspel, Gruitzen, Hahnenfurt, Hofermühle, Hoffeld, Hölzenhausen, Hechholzhausen, Kobenbach, Kupferdreh, Leinath, Luntenebeck, Mülheim, Münster, Obermörschen, Rinderbüden, Groß-Steinheim, Trier, Westhofen, Wehlar, Wrege, Wilsfrath.
- Gau: Asbach, Baumholder, Eberbach, Lütchenbach, Rammelsbach, Reinheim, Schriesheim, Siedelsbrunn, Schweinsweiler, Weiterdingen.
- Gau: Aunkirchen, Bach, Bindlach, Bischofsgrün, Blaubeurg, Fürsteneck, Fürstenzell, Kelheim, Kiegersfelden, Leßend, Rinchach, Röhrnbach, Steinwiesen, Viechtach, Weihenstadt, Teufelst.
- Gau: Bischofsheim, Lichtensfels, Diethenhan, Elbelfstadt, Gleichamberg, Großheubach, Heigenbrücken, Kleinrinderfeld, Langenaltshaus, Langenfurt, Obereisenbach, Oberriedenberg, Rottenbauer, Schwabenried, Solnhofen, Stadtprozelten, Wallbüren, Rauenberg.

Die Zahlstellen Meißen II, Gierzhagen, Maulbronn, Neustadt a. H., Bobengrün, Hildesheim, Hemsbach, Zapfenort konnten nicht berücksichtigt werden, weil die Zählkarten zu spät eingesandt wurden.

Aus den Zahlstellen.

Mittweida. Am 16. Februar hielten die streikenden Steinarbeiter im Volkshaus „Rosengarten“ eine Versammlung ab. Der Vorsitzende gab Bericht über die gegenwärtige Streiklage. Aus ihm ging hervor, daß es den Arbeitgebern darauf ankommt, die Streikenden mit der Zeit müde zu machen; das geht aus verschiedenen Bemerkungen Streikenden gegenüber hervor. Die Unternehmer sind der Meinung, daß die Arbeiterschaft mit der Streikunterstützung nicht lange aushalten kann und insfolgedessen zu Kreuze kriechen muß. Die Arbeitgeber sind jedenfalls schon eines Besseren belehrt worden, da nun der Streik bereits 5 Wochen dauert und die Streikenden vom Bezirk und auch von den Gewerkschaften weitestgehende Unterstützung erhalten. Die Steinarbeiter, die doch allen Witterungsverhältnissen ausgesetzt sind und infolge ihres schweren Berufes ziemlich hohe Anforderungen an ihre Widerstandskraft erleben, haben eine niedrige Entlohnung im Vergleich zu anderen Berufen. Wie war es vor dem Kriege, da standen die Steinarbeiter hier mit ihren Löhnen an der Spitze. Während sämtliche Lebensmittel, wie überhaupt alle Gebrauchsgegenstände im Durchschnitt auf das 15fache gegen die Vorkriegszeit im Preise gestiegen sind, haben die Löhnergehälter der Steinarbeiter kaum das 6- bis 7fache erreicht. — Die darauffolgende Aussprache ergab, daß der Streik weitergeführt wird. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der die Situation gezeichnet, die Aus-

harrung im Streit und der Streikleitung das Vertrauen entgegengebracht wurde. Im „Verschiedenen“ wurde auf die Bedeutung der Konfessionslosigkeit und auf die Agitation für die Volkstimme hingewiesen. Weiter erwähnte der Vorsitzende jeden Kollegen, seine Pflicht zu tun, damit der Kampf erfolgreich beendet wird.

Langenaltshaus. Am 9. Januar fand in der Güttingerischen Gastwirtschaft unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Quartals- sowie Jahresbericht bekannt. Einwendungen wurden nicht erhoben. Dem Kassierer und der Gesamtverwaltung wurde für ihre Tätigkeit einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gab die aufgestellte Statistik vom ganzen Lithographiesteinbruchgebiet bekannt. Es sind in 24 Betrieben beschäftigt: Arbeiter über 16 Jahre 707, unter 16 Jahren 27, Arbeiterinnen über 16 Jahre 7, unter 16 Jahren 2. Zusammen 806. Bei der Neuwahl wurden sämtliche Funktionäre wiedergewählt. Der Versammlungsbefehl vom 12. Dezember 1920 enthält folgenden Zusatz: „Jedes erkrankte Mitglied erhält nur dann den Sozialzuschlag, wenn es mindestens ein Vierteljahr Mitglied der Zahlstelle ist.“ Das Verhalten der Kollegen: Stadelbauer und Luz aus Rehlungen, sowie der Kollegen von Treuchtlingen, die im Gaager Bruchgebiet beschäftigt sind, wird einer Kritik unterzogen. Ein Antrag zwecks Einführung von Diskussionsabenden wurde einstimmig angenommen. Es soll eine Verschmelzung der von der Partei bereits stattfindenden Diskussionsabende erfolgen. Ferner wurde beschlossen, den am 31. März 1921 ablaufenden Tarif zu kündigen.

Karlruhe. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung im Lokal „Zum Scheffelhof“ statt, die gut besucht war. Anwesend waren auch die Kollegen von unseren zweitbesten Baden-Baden, Bruchsal und Ettlingen. Der Vorsitzende gibt einen Bericht über das verlossene Jahr, aus dem zu entnehmen ist, daß trotz des schleppenden Geschäftsganges die Mitgliederzahl auf 220 erhalten blieb. Im Verlauf von 16 Lohnbewegungen war es möglich die Stundenlöhne von 2,80 Mark auf 5,70 Mark zu erhöhen. Auch kamen unsere Mitglieder in diesem Jahre in den Genuß von Ferien, und zwar nach einjähriger Arbeitslosigkeit 8 Tage, nach vierjähriger 6 Tage, über 6 Jahre 8 Tage. Auch einige sonstige Verbesserungen, wie Waschgelegenheit, Wärmeofen, Kleider- und Aufenthaltsraum usw. konnte erzielt werden. Jedoch nur durch unser geschlossenes Vorgehen. Das Betriebsratsgesetz mit seinen 120 Paragraphen, die für die gesamte Arbeiterschaft von weittragender Bedeutung sind, wurde in mehreren Versammlungen eingehend erläutert. Die Wahlen hierzu ergaben für die Firma Rupp und Müller 5 Arbeiter und 1 Beamter als Betriebsrat. Diese hatten im Verlauf des Jahres Gelegenheit genug, mit dem guten und schlechten Paragraphen des Gesetzes sich vertraut zu machen, und sind wir mit deren Tätigkeit zufrieden. Ein weiterer Teil der Versammlung nahm der Verbandstag in Anspruch. Wir hatten laut Wahlkreisinteilung einen Delegierten zu entsenden. Die Zahlstelle hatte zwei Anträge gestellt. Mit dem Resultat der Verhandlungen in Würzburg waren unsere Kollegen nicht zufrieden. Zunächst hatten die gestellten Anträge nicht den gewünschten Erfolg. Ebenso konnten wir uns mit dem Beschluß, wonach den Kriegsteilnehmern die Mitgliedschaft während des Krieges nicht in Anrechnung gebracht wird, nicht einverstanden erklären. Die Erwerbslosenunterstützung sei besser auszubauen, während der Charakter einer Kampforganisation mehr in den Hintergrund zu setzen ist. Soffen wir, daß der nächste Verbandstag in dieser Hinsicht bessere Erfolge bringt. Mit der Tätigkeit im Gewerkschaftskartell sind wir nicht zufrieden, da die gefassten Beschlüsse und Anregungen nicht in die Tat umgesetzt wurden. Der Kassierbericht war in besserer Ordnung, und wurde der Kassierer entlastet. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Die Versammlung nahm einen anregenden Verlauf, und die Zahlstelle sieht einer guten Zukunft entgegen, denn sowohl Vorstand als auch Betriebsräte, Obleute und andere Funktionäre liegen in guten Händen. (Alle Erfolge hat lobenswerterweise die Zahlstelle aus eigener Kraft und Anregung zustande gebracht. Red.)

Gausenberg. Am 16. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Kassierer gab den Kassierbericht. Die musterhafte Kassienführung wird allgemein anerkannt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zur Neuwahl der Ortsverwaltung erklärte der Vorsitzende, seinen Posten niederzulegen. Der fortwährend schlechte Versammlungsbefehl, die Zerstückelung durch die Christlichen sowie die Verleumdungen des Kollegen Faber Baumgartner gegen ihn, seien die Gründe dazu. Kollege Meisinger forderte die Kollegen auf, dem Gesamtvorstand das volle Vertrauen der Zahlstelle auszusprechen. Dem wird allgemein zugestimmt und der bisherige Vorsitzende und Kassierer wiedergewählt. Für die berunglückten Kollegen Johann Pfeifer und Johann Heindl werden je 120 Mark, für Joseph Wilhelm 50 Mark aus der „Christbaumkassa“ (?) bewilligt. Zum Schluß weist der Vorsitzende auf die Agitation der Christlichen hin. Der Bezirksleiter, ein Herr Gastinger, versucht mit allen möglichen Mitteln, Mitglieder unter unseren Kollegen zu werben. Leider kommt dieser Werbepostel nicht in unsere Versammlungen, sondern zieht die der katholischen Arbeitervereine vor, weil ja dort seine Ausführungen nicht widerlegt werden. Kollegen! Bei jeder Lohnbewegung haben sich die Christlichen als ein Hemmnis für uns erwiesen. Darum gebt ihnen bei jeder Annäherung die gebührende Antwort, die sie auf Grund ihrer Handlungsweise verdienen.

Pilgramsreuth. Am 9. Januar tagte unsere gut besuchte Generalversammlung. Der Kassierer gab den Kassierbericht. Einnahme: 391,80 Mark, Ausgabe: 143,95 Mark. Bleibt Kassenbestand von 602,69 Mark für die Lokalkasse. Bei der Neuwahl wurden die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt, mit Ausnahme des Kollegen Kästner, der als 2. Vorsitzender neu gewählt wurde. Im weiteren gab der Vorsitzende die letzten beiden Rundschreiben von Gauleiter Schmied bekannt. Dazu entspann sich eine lebhaft Debatte. Die Erhöhung der Feuerungszulage von 350 Prozent auf 400 Prozent, nach über einem halben Jahr, ist ein Hohn. Sehr eingehend beschäftigte sich die Versammlung mit der Wirtschaftslage in der Steinindustrie. Bei jeder Lohnforderung schieben die Unternehmer schlechten Geschäftsgang, zu wenig Absatzgebiete und verschiedene andere Ausreden vor. Nicht nur die Schädlichkeit unseres Berufes, sondern auch die Hungerlöhne sollten jeden Familienvater davon abhalten, den Unternehmern Lehrlinge zuzuführen; denn im nördlichen Franken wird kein Arbeiter so schlecht bezahlt wie in der Steinindustrie. Zu der Verschmelzungsfrage im „Steinarbeiter“ Nr. 51 und 3 sind sich die Kollegen einig, daß nur durch Zusammenfluß mit dem Bauarbeiterverband wir bessere Vorteile erzielen können.

Kirchhausen. Am 15. Januar fand bei Gastwirt Schäfer unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal, die von den Revisoren geprüft und in Ordnung befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gibt einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im verlossenen Jahr. Die Lohnbewegungen waren im Berichtsjahr nicht so aufeinanderfolgend wie voriges Jahr. Grund dazu war die Einführung des neuen Granitwerkstein-Tarifses, der ab 1. April 1920 in Kraft getreten ist, und das Abkommen, welches im Oktober 1919 mit den hiesigen Unternehmern getroffen wurde, daß unsere Feuerungszulagen sich automatisch mit denen der Schleifereigruppe erhöhen. Bei diesem hat sich nun die Feuerungszulage ab 15. November 1920 um 50 Prozent erhöht. Unsere Unternehmer fühlen sich, angeblich wegen so schlechten Geschäftsganges, nicht mehr verpflichtet, diese Abmachung einzuhalten. Darüber ist jedoch das letzte Wort noch nicht gesprochen. Bei der Neuwahl wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Das Renovieren von Gräbern der auf dem hiesigen Friedhof ruhenden fremden Kollegen wurde der Frau des Kollegen Röhrer wieder übergeben. Ein Antrag: Bei Krankheit erhält jedes Mitglied von der fünften Woche ab 9 Mark pro Woche Unterstützung aus der Lokalkasse, fand einstimmige Annahme. Jedoch tritt dieser Beschluß nur in Kraft, wenn der Erkrankte sämtliche Mitgliederversammlungen besucht hat, dabei laut in bringenden Fällen eine Entschuldigung durch den Platzfänger als anwesend gelten. Weiter wurde für den Denkmalsfond Alois Staubinger 100 Mark aus der Ortskasse bewilligt. Der Kassenbestand der Lokalkasse: 2547 Mark, der bis jetzt auf

Den Namen des bisherigen Kollegen Stadler im Konsumverein angelegt ist, soll nunmehr auf den Vorstehenden Kraus übertragen werden. Zum Schluss erwähnte letzterer die Kollegen, die Versammlung besser zu besuchen.

München. Am 16. Januar 1921 hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, die einen mangelhaften Besuch aufwies. Der Vorsitzende widmete zunächst dem langjährigen Kassierer, Kollegen Käfer, ehrenden Nachruf. Der Kassierer Völlinger erstattete seinen Kassierenbericht, der von den Revisoren als tadellos bestätigt wurde. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Riemann gewählt, als zweiter der Kollege Schneider, als Kassierer der Kollege Moser, als Schriftführer der Kollege Baumann. Der Vorsitzende gab seinen Geschäftsbericht vom verflochtenen Jahre. Kollege Riemann kritisierte zunächst in scharfen Worten das Verhalten verschiedener Kollegen, weiter teilte er mit, wie sich die Arbeitgeber zu der Lehrlingsfrage stellen, auch gab er eine Generalbesprechung betreffs Bundesratsverordnung ab, am Schluss erwähnte er die Kollegen, mehr Agitation in den Werkstätten zu treiben, damit die Versammlungen besser besucht werden, denn den Verband beschimpfen und eine Faust in der Tasche machen, hat wenig Wert, die Versammlung ist der Ort zur Aussprache. Er ermahnte die Kollegen fester denn je zusammen zu halten und ihrem Vorstand und ihrer Lohnkommission mehr den Rücken zu stärken; denn die bevorstehenden Lohnkämpfe erfordern Einigkeit und starke Organisation.

Stuttgart. Am Sonntag, den 16. Januar, tagte hier im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung. Der Besuch derselben war ein guter. Der Vorsitzende gab auch seiner Freude darüber Ausdruck und ermahnte, daß in Zukunft alle Versammlungen so besucht werden möchten. Zur Tagesordnung übergehend wurde zuerst der Bericht des Vorstandes gegeben. Der Vorsitzende schilderte in kurzen Umrissen den Verlauf des vergangenen Jahres. Es war ein Jahr des Kampfes für unsere Kollegen, denn ohrenstreif ist es ja auch dieses Jahr nicht abgegangen. Er gedachte auch mit einigen Worten der Gründung der hiesigen Steinmetzen-Gewerkschaft und ermahnte, auch in Zukunft fest zusammenzuhalten und treu zur Organisation zu halten. Nach diesem gab der Kassierer Bericht über das Kassierenwesen. Die Revisoren fanden alles in bester Ordnung, und es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahlen gingen schnell von statten; denn der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, ebenfalls die Revisoren. Nach diesem Punkt kam die sehr wichtige Arbeitslosenfrage zur Sprache. Der Vorsitzende gab mit klaren Worten die Not der Arbeitslosen bekannt und ermahnte auch in dieser Frage treu zusammenzutreten. Er empfahl die „Stuttgarter Punkte“ zur Annahme. Diese wurden einstimmig angenommen und gefordert, sie an den Zentralvorstand zu senden, damit derselbe darauf hinwirke, in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde, daß sie überall zur Annahme gelangen. Nach Erledigung dieses Punktes kam die Neuregelung des Tarifvertrages zur Sprache. Der von dem Vorstand und der Tarifkommission neu aufgestellte Vertrag kam einstimmig zur Annahme. Hierauf wurden noch verschiedene örtliche Angelegenheiten geregelt, wobei es noch sehr lebhaft zuging. Zum Schluss dankte der Vorsitzende noch für den sehr harmonischen Verlauf.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Die Frage, ob die allgemeine Verbindlichkeitsklärung eines Reichs- oder Landes-Manteltarifvertrages auch für dessen abgeschlossene bezirksliche oder örtliche Lohnvereinbarungen ohne weiteres gilt, ist durch Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 1. Dezember 1920 verneint worden. Eine Verbindlichkeitsklärung der örtlichen bzw. bezirkslichen Vereinbarungen muß in jedem einzelnen Fall beantragt und kann erst dann zum Antrag erhoben werden, wenn der Abschluß tatsächlich vollzogen ist; denn ohne den Inhalt zu kennen, sei es eine Blankovollmacht, die, anstatt dem Arbeitsfrieden zu dienen, unliebsame Streitigkeiten in den Gehörgang hobe.

Die Entschädigungen für Handwerkslehrlinge können tarifvertraglich vereinbart werden. — Bescheid des Arbeitsministeriums vom 30. November 1920. — Die Innungen und Handwerkskammern sind nach dem Bescheid nicht befugt, in die rein privatrechtlichen Beziehungen zwischen Lehrmeistern und Lehrlingen einzugreifen und Vorschriften über die den Lehrlingen zu leistende Bezahlung, Vergütung oder Kostentilgung zu treffen.

Soziales. Die Meldepflicht der Berufskrankheiten wird schon seit einer Reihe von Jahren erkräftigt, auf dieser Grundlage die Ausdehnung und die Art der Berufskrankheiten zu erfahren und Wege zur Bekämpfung und Verhütung zu finden. Das Institut für Gewerbegerichte in Frankfurt a. M. hat im Januar 1920 einen Fragebogen einer Anzahl von sachverständigen Persönlichkeiten vorgelegt. Ärzte, Techniker, Verwaltungsbeamte, Industrielle und Arbeitnehmer haben diesen Fragebogen beantwortet. Dr. Erich Franke und San.-Rat Dr. Backfeld haben das Material verarbeitet zu einer Schrift „Die Meldepflicht der Berufskrankheiten“ (Berlin, 1921). Der von Franke behandelte Teil bespricht die gesetzlichen Vorschriften, die bisher in Deutschland und einer Reihe von Kulturländern über die Berufskrankheiten gegeben wurden. Der von Backfeld behandelte Teil wird die Fragen über den Vorgang der Meldung besprechen. Eine Verpflichtung zur Meldung soll nur für den behandelnden Arzt und den Arbeitgeber bestehen. Gemeldet soll innerhalb 24 Stunden werden, und zwar außer den gewerblichen Vergiftungen eine Reihe von Infektionskrankheiten und eine Anzahl von langsam entziehenden Folgen der gewerblichen Arbeit. Hoffentlich hören wir recht bald, daß die Berufskrankheit der Steinmetzen mit unbegriffen ist und man endlich aus dem ewig währenden Zustand der Vorläufe und Erwägungen zur Tat kommt.

Eine Neuordnung der Streikstatistik ist amtlicherseits vorgegeben vom Reichsarbeitsministerium. Die betreffenden Ziffern der bisherigen amtlichen Statistik der Arbeitskämpfe hatten wesentlich andere Unterlagen als jene der Gewerkschaften. Die Folge einer solchen Verschiedenheit waren erhebliche Widersprüche zwischen den beiden Zahlenbildern. In Zukunft werden sich nun, so schreibt die „Soziale Praxis“, die amtlichen statistischen Feststellungen erstrecken auf alle Arten von Ausständen: wirtschaftliche, politische, Sympathie- und Demonstrationstreiks. In Zukunft müssen bei einem Streik von den zuständigen Behörden folgende Berichte an das Reichsarbeitsministerium einereicht werden: Ausbruchmeldung, Zwischenmeldung und Schlußmeldung. Die Zwischenmeldung hat den Zweck, das Reichsarbeitsministerium über Veränderungen in der Streikflotte zu unterrichten. Die Polizeibehörden, die bisher die Meldungen zu erhalten hatten, scheiden künftig aus. Es sollen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände unter gewissen Voraussetzungen zur Meldung verpflichtet sein.

Die Internationalität der Tuberkulose. In der Internationalen Rundschau des Roten Kreuzes bespricht der Vizepräsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zunächst die Ausbreitung und die Übertragungsmöglichkeiten der Tuberkulose. Auch in den Enterteiländern hat die Zahl der Tuberkulosefälle während des Krieges erheblich zugenommen. Der Verfasser fordert eine allgemeine Beteiligung der Vereinigungen vom Roten Kreuz an der Bekämpfung der Tuberkulose, namentlich für tuberkulöse Kriegsinvaliden. So ist das Volk in keinem Kern weder Sieger noch Besiegter, sondern stets nur Leidender. Und darum hat das Proletariat nur ein Interesse an einer internationalen Verbrüderung.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zeltungsempfänger! Die Zahl der Exemplare für die Zahlstellen wurde ab Nr. 9 auf Grund der Mitgliedsverzeichnisse nach dem 4. Quartal 1920 festgestellt. Dabei stellte sich heraus, daß einige Orte viel mehr Zeitungen erhalten, als Mitglieder vorhanden sind.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 10. Februar die bereits mit der Quartalsabrechnung fälligen Fragebogen nicht eingesandt: 1. Gau: Bülow; 2. Gau: Grünberg; 3. Gau: Bernburg, Wechsburg; 4. Gau: Hohenberg, Königs-Luther, Osterwald, Volkmar; 5. Gau: Eberfeld, Ellenroth, Endbach, Brütten, Hoffeld, Hofermühle, Kira,

Rupfledreh, Bintenbed; 7. Gau: Augsburg, Binslach, Oberhardtweih, Weiten, Woodbach, Dillingen, Battenberg, Loburg; 8. Gau: Nördlingen, Deggendorf, Röhren, Schwedenried, Landerberg, Weichselm, Bollbüren.

Die Kollegen in den betreffenden Zahlstellen haben ihre Bewaltung zur Abwendung zu veranlassen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Jeder Kollege, der in irgendeinem Teil Arbeit sucht, handelt in seinem eigenen Interesse, wenn er sich vorher über die örtlichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand erkundigt. Dessen Adresse ist, wenn man will, immer schnell und leicht zu erfahren.

Konferenz der Raintalsandstein-Steinarbeiter (rotes Gebiet) findet am Sonntag, den 18. März, vorm. 10 Uhr, in Freudenberg a. M., im Gasthaus „Zum Ritter“ statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Feuerzugesulagenbewegung. 2. Unser Verhalten bei Vergeltung von staatlichen und kommunalen Aufträgen. 3. Arbeitsordnungsabläufe. 4. Zahlstellenabgrenzung, Kassierenbericht und Wahl der Bezirksleitung. 5. Beitragregulierung laut Statut. 6. Verschiedenes. Die zum Bezirk gehörenden Zahlstellen sind verpflichtet, Delegierte zu entsenden. Auf 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter usw. Branchen sind zu berücksichtigen. Die Kosten wird zum Teil die Bezirkskasse übernehmen. Die Zahlstellen nehmen umgehend zur Tagesordnung Stellung.

Die Bezirksleitung: J. A.: Erh. Wolf.
Richtigstellung! In dem Bericht Nr. 6 des Steinmetzen von der Konferenz in Kassel heißt es unter anderem: „Ja, bei der Firma Wegener-Gannover in Adelebsen wird die Gewährung einer Feuerzugeszulage usw. ... von der Leistung von achtzig Arbeitsstunden in der Woche abhängig gemacht.“ Es muß selbstverständlich heißen: „in zwei Wochen“, denn in einer Woche ist es wohl nicht gut möglich.

5. Gau. Bezirkskonferenz der Städte des Industriegebietes. Sonntag, den 18. März 1921, vormittags 10 Uhr, in Köln, Restaurant Neek, Rämmergasse. Tagesordnung: 1. Die Lage in der Steinindustrie. 2. Stellungnahme zum Bezirksstatut. 3. Die Verschmelzungsfrage. 4. Verschiedenes. Jede Zahlstelle muß vertreten sein. Bis 50 Mitglieder ein Vertreter. Die Kosten tragen die Lokalitäten.

Die Gauleitung: A. Kenges.
Bezirkskonferenz für die Karmor-, Steinmetz- und Grabmalbranche in Hessen-Kassau. Sonntag, den 6. März 1921, vormittags 10 Uhr, in Frankfurt a. M., Gewerkschaftshaus, am Schwimmbad. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Bezirksstatut. 2. Verschmelzungsfrage. 3. Verschiedenes. Jede Zahlstelle muß vertreten sein und hat die Kosten selbst zu tragen.

Die Gauleitung: A. Kenges.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 29. Januar bis 18. Februar 1921.
Erbisch Inf. 12.—, Rimburg (H. A. B.) 173.00, Reindendorf 2.—, Kirchberg 60.10, Straßund 147.20, Cottbus 14.—, Prölsdorf 13.—, Herbede 52.50, Kupferdreh 717.90, Lössau 6184.97, Osterwald 240.80, Schwarzenhammer Inf. 12.—, Merxleben 84.50, Hochlar 33.50, Wellendingen 17.50, Groß-Schönau 12.—, Rüders 8.—, Vorbrück 12.—, Hamm 70.—, Brandenburg Inf. 14.60, Solnhofen 1200.—, Wüthgiersdorf 790.30, Demitz 3527.20, Garbheim 81.10, Bochum 280.—, Aurich 108.—, Altenberg 780.—, Gummersthal 23 756.50, Immendingen 19.50, Königsberg i. P. 147.90, Königs-hain 1000.—, Fallersleben 15.—, R.-Marsburg 45.—, Perleberg 84.—, Senftenberg 52.50, Weinböhlen 28.—, Arnswalde 14.—, Weitzersdorf 20.—, Garburg 24.50, R.-Märchen 30.—, Wismar 28.—, Dettelbach Inf. 10.—, Seftres 750.30, Weilerode 163.70, R.-Kamstadt 300.—, Langenaubach 139.10, Silbeseim Inf. 10.—, Gießen Inf. 75.—, Lohmen Inf. 30.—, Jever Inf. 12.50, Paderborn Inf. 10.50, Buchholz 20.—, Rudolfskath 42.—, Bachschäusen 13.—, Gr.-Rätschen 2.—, Luntendorf 1176.10, Wilsdorf 960.—, Weidersberg 200.—, Forbach 50.—, Weismadermühle 118.90, Kelsheim 400.—, Quedborn 150.—, Regensburg 72.—, Ansbach 35.—, Reichenbach i. Vogt. 31.—, Wolfersdorf 31.50, Hirschberg 10.—, Rochlitz 10.60, Montabaur 14.—, Genthin 35.—, Luglitz 11.50, Goldberg 700.—, Rembach 186.70, Lössau 153.56, Sebnitz 290.—, Dresden 10.—, Leipzig Inf. 20.—, Dobrilugk 25.—, Dürrenhausen 28.—, Werries 45.90, Parchim 30.—, Dobrilugk 25.—, Ströbel 2000.—, Schörs-hausen 31.70, Großheubach 400.—, Hamburg 2060.—, Osnabrück 008.80, Rößdorf 1306.40, Augsburg 1787.70, Inf. 25.—, Ruhland Inf. 20.—, Bremen Inf. 12.—, Witzig 24.—, Greifswald 480.—, Grimma 1000.—, Rl.-Steinheim 800.—, Florzheim 12.—, Ober-peilau Inf. 20.—, Langenbach 45.50, Herbede 52.50, Reerane 8.50, Pöblich Inf. 72.—, Lössau Inf. 12.—, Friedrichs-Löwen 12.60, Teuchern Inf. 10.—, Greiffenberg 200.—, Büchberg 800.—, Breiten-burg 1400.—, Weisthen 600.—, Gembsach 5000.—, Holzhausen 144.—, Königshain 1152.80, München 500.—, Gera Inf. 18.—, Pilgrams-reuth Inf. 12.50, Reichenbach 62.—, Bad Lautz 15.—, Werste 30.—, Friedberg Inf. 14.—, Weichenburg 8.—, Mühlhausen i. Th. 420.—, Langenalleheim 2262.40, Adelebsen 4200.—, Salsch 1000.—, Hof i. B. Inf. 12.—, Ludwig Geiß, Kassierer.

Denkmalfonds H. Standinger:

Richtigstellung. Für die Zahlstelle Steinau sind die eingezahlten 50.— Mark irrtümlich zweimal quittiert worden. Folglich können nur 2028.50 Mark als „bereits quittiert“ in Vortrag gebracht werden.
Bereits quittiert 2028.50 Mark. Seidingsfeld 50.—, Grimma 50.—, Düsseldorf 50.—, Rimbach 20.—, Aunkirchen 50.—, Pöblich 200.—, Rürnberg 20.—, Coblenz 30.—, Königsberg 30.—, Stade 20.—, Gembsach 20.—, Greiffenberg 10.—, Osterode 10.—, Mühl-hausen Th. 30.—. Summa 2618.50 Mark.
Ludwig Geiß.

Adressenänderungen.

3. Gau.
Herrenhaide. Vorj.: Friedr. Gerlach, Hartmannsdorf, Bez. Leipzig, Turnstraße 1.
5. Gau.
Coblenz. Vorj.: Anton Carlin, Andernacher Straße 7.
Lollar b. Gießen. Vorj.: Heinrich Kraft in Wilmars b. Gießen; Kass.: Pfeif in Wilmars b. Gießen.
6. Gau.
Eberbach (Baden). Vorj.: Wilhelm Rupp, Untere Badgasse 5; Kass.: Peter Laudentlos, Obere Badgasse 24.
Egweiler i. Pfalz. Vorj.: Fr. Metzger; Kass.: Peter Reibenbach.
Immendingen. Vorj.: Karl Funk.
Seebach, Amt Achern (Baden). Kass.: Kaver Schnurr.
Zwingenberg. Vorj.: Anton Schwarz, Birtenbach, Hessen; Kass.: Heinrich Koob.
7. Gau.
Hohweggen. Kass.: Hans Zellner, Gerberreut, Post Lüttich.
Weihenstadt. Kass.: Christian Panzer, Bahnhofstraße 123.
Wirsberg. Vorj.: Michael Summer; Kass.: Hans Koppmeier.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Die sozialistische Gemeinde (H. S. P.) Nr. 4 ist soeben erschienen. — Inhalt: Gemeinden und die Erhöhung der Getreidepreise. — Das neue Gemeindesteuerrecht. — Richtlinien für kommunale Politik. — Aufwandsentschädigung für die mit den Gewerkschaften der Finanzämter betrauten Gemeinden und Gemeindeverbände. — Zur Höchstmietsverordnung. — Wohnungsbauprojekte in Düsseldorf. — Straßennennungen. — Die Güter der Stadt

Leipzig. — Aus den Gemeinden. Die sozialistische Gemeinde erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1.— Mark, vierteljährlich 3 Mark. Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

„Der Firt“, Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Folgende bemerkenswerte Artikel haben wir aus dem Inhalt des neuesten Heftes des 2. Jahrganges hervor: Hegentanz (Leiter); Mag Cohen; Scheidemanns Tagebücher; H. Fehlinger: Bücher für Auswanderer; Robert Albert: Bei Tscheken und Slowaken IV; Jakob Quarg; Schattenrisse IX: Robert Dymann; Alois Goldbach; Fräulein Hamlet. Blide vom Firt: Münchener Fasching; Schlaumeier Bernstein; Der Mann muß hinaus!; Der Anwalt der Vorbestraften; Der Wahlschlepper; Zwei Seelen und ein Schlagwort; Sprichwörter-Reform; Acher-mittwoch. Der Bibliothekar. „Der Firt“ erscheint halbmönatlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag: „Der Firt“, Berlin W 57, zu beziehen. Abonnementpreis: vierteljährlich (6 Hefte) 5.50 Mark; bei Zustellung durch den Verlag 20 Pfennig für Porto pro Heft extra; Einzelheft 1.20 Mark; Probenummern kostenlos.

Von der Karten-Auskunft des Arbeiterrechts ist Heft 19 erschienen; es sind in ihm verarbeitet unter anderem das Gesetz über außerordentliche Beihilfe in der Invalidenversicherung vom 26. Dezember 1920, Gesetz zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtung vom 22. Dezember 1920; ferner die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums für das Schlichtungsverfahren vom 30. November 1920. Zu beziehen ist die Karten-Auskunft vom Volksweltverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pflanzstraße.

„Saluta-Glaub und Friedensvertrag“ von Dr. Genz Behnen und Dr. Werner Gungl, zweite, neubearbeitete Auflage, (6. bis 20. Tausend). Verlag von Felix Meiner, Leipzig, 96 Seiten, Preis 5 Mark.

Durch den Vertrag von Versailles und die Pariser Entente-beschlüsse ist unsere wirtschaftliche Entwicklung in eine Sackgasse gedrängt worden. Die Entente fordert von uns Nischenleistungen und nimmt uns gleichzeitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Wenn die Folgen dieser Politik sich auch nicht von heute auf morgen zeigen, so werden sie doch auf die Dauer nicht zu umgehen sein. Das zeigt so recht die vorliegende Schrift, die in rein wirtschaftlicher Untersuchung die Folgen des Vertrages von Versailles zur Darstellung bringt. Wegen ihrer Sachlichkeit und den mancherlei darin enthaltenen Anregungen erscheint die Schrift sehr empfehlenswert.

Berichtungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.
Erntlingen. Konferenz der Juramarmor-, Traß- und Lithographiearbeiter am 27. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Grünen Baum“.
Bretterburg. Konferenz für den Westertal und mittlere Bahn am 27. Februar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Blücher“.
Offenburg. Schotter- und Pflastersteinarbeiter Mittel- und Südbadens. Bezirkskonferenz am 27. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Brauerei Prinz, Klosterstraße.
Hörsach (Odenwald). Sonntag den 13. März, nachmittags 3 Uhr, bei Joh. Phil. Rutz, Gauleiter anwesend.

Anzeigen

Wehrs Steinhauerbürsten, Rehbachstifte

liefert fortwährend jedes Quantum der Kollege
Gg. Wehr Steinmetz, Neustadt (Aisch, Bayern).

Kollegen! Entwürfe und Grabmalsschriften zeichnet
Franz Sieglar, Sieben (Hessen), Lidest. 37.
Bei Aufträgen Rückporto erwünscht.

Schiffhauer, nur unbeschädigte, welche auch in Aufschliff verfertigt sind, werden zum Tariflohn für dauernde Arbeit eingestellt. Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin, Werkstätten für Friedhofsbau.

EINIGE STEINHAUER

für dauernd auf Odenwald-Syenit gesucht
Granit- und Syenitwerke Frohmann & Co.
Reinheim (Hessen)

Mehrere Pflastersteinschläger

bei guter Verdienstmöglichkeit sofort gesucht.
Bruchmeister GEORG REICH, RADIßOR b. Bantz. (Sa.)

Zwei tüchtige Steinmetzen 1 Schrift- u. Verzierungsarbeiter

auf Thüster Kalkstein sofort gesucht.
Paul Wöhllich, Uelzen (Hannover).

Mittlere Marmorwarenfabrik Norddeutschlands sucht für ihre Luxusmarmorwarenfabrikation eine durchaus mit Drehbank und der Bearbeitung farbiger Marmorarten vertraute erste Kraft gegen gute Bezahlung. — Offerten unter „Luxusmarmor“ an die Schriftleitung des Blattes.

Ein lediger, tüchtiger Maschinen-Spenitschleifer

für dauernd sofort gesucht.
Ant. Woger, Wasserburg am Inn.

Gesucht auf sof. 1-2 tücht. Steinmetzen,
welche mit allen in der Grabsteinbranche vorkommenden Arbeiten vertraut sind.
B Müller Witwe, Steinbildhauerei, Jever i. Oldb., Am Friedhof 2.

Tücht. Steinmetz, der auch einfache Verzierung und Inschrift, letztere auch in Granit arbeiten kann, sofort gesucht. Für gute Kost und Lohn ist gesorgt. Stellung dauernd.
Gebr. Lismann, Königs-Lutter (Braunschweig).

Granitsteinmetzen zum baldigen Antritt gesucht.

Weyler, Hirschberg (Schlesien).

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einzuhandeln werden.)
In Häslich am 5. Februar der Brecher Hermann Ewer, 57 Jahre alt, Lungenleiden.
In Dorrenschend am 10. Februar der Pflastersteinmacher Max Rable, 6 Jahre alt, Schlagfließen.
In Hemmerau am 12. Februar der Pflastersteinmacher Ludwig Laus, 24 Jahre alt, Lungenleiden.
In Leipzig am 15. Februar der Sandsteinmetz Gustav Mals, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Berlin von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.